

Nun, da aus Russland in nächster Zeit kein Getreide mehr eingeführt werden kann, woher das Brot nehmen?

Russland beherrscht bis jetzt den Getreidemarkt, besonders den Roggenmarkt (es lieferte $\frac{2}{3}$ der gesamten Roggenzufuhr), ein Umstand, der speziell für Deutschland von großer Bedeutung ist. Jetzt, wo Russland aus dem Verkehr ausfällt, sind es eigentlich nur noch die Vereinigten Staaten, dann Ostindien und vielleicht Australien, welches in den letzten Jahren seine Getreide-Anbaufläche sehr ausgedehnt hat (Ernte-Erträge wegen klimatischer Verhältnisse sehr schwankend), die den ganzen Zufuhrbedarf decken müssen, Länder, die bis jetzt zusammen kaum $\frac{1}{25}$ des gesamten Getreidezufuhr-Bedarfs Europas lieferten. Es ist klar, daß unter solchen Umständen für die nächsten Jahre eine große Brot-Steigerung zu erwarten ist. Wie hoch die Preise steigen werden, ist schwer jetzt zu schätzen, aber sicher ist, daß sie eine ungeahnte Höhe annehmen werden.

Das europäische Grundkapital wird sich nun selbstverständlich freuen. Wenn auch die Getreidepreise sicher fallen werden, wird es doch gute Geschäfte machen. Ganz anders aber steht es mit dem industriellen Kapital. Der Preis der Arbeitskraft muß steigen, weil die Kosten ihrer Erhaltung wachsen. Somit steigen auch die Produktionskosten der Waaren, der Produktionspreis. Eine Erhöhung des Marktpreises der Waaren ist bei der gegenwärtigen Lage des Weltmarktes, wo derselbe mit Waaren überfüllt ist und der Abfall stockt und die Industriestaaten einander auf das Tollste unterbieten, — unmöglich. Gleichzeitig prosperiert Amerika infolge der ungeahnten Dimensionen annehmenden Getreide-Ansufuhr. Zudem das europäische Kapital geschwächt wird, wird sich schon jetzt überlegener Gegner unheimlich gestärkt. Und währenddem dies geschieht, erwächst in Russland ein neuer mächtiger Industriestaat, der rivalisierend auf den Weltmarkt tritt.

Es stehen schlimme Zeiten bevor. Infolge der erhöhten Preise der Lebensmittel müssen die Löhne steigen. Das Kapital aber, das durch die Marktlage nicht nur daran verhindert, die Waarenpreise zu erhöhen, sondern vielleicht sogar gezwungen wird, dieselben herabzusetzen (wachsende Macht der amerikanischen Konkurrenz), also nur auf Kosten der Mehrwerttrate, d. h. durch deren Verminderung, eine Lohnerhöhung zugehen kann, wird sich bis aufs Äußerste dagegen stemmen. Es entsteht ein gewaltiger Kampf zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern. Zudem die Arbeiterschaft auf die Brottheuerung verweist, klagt das Kapital über schlechte Zeiten, verweist auf die ungünstige Lage des Weltmarktes. Daß der Arbeiter hungert, berührt das Kapital sehr wenig. Der Kapitalist leidet keinen Hunger, wenn seine Arbeiter hungrig arbeiten. Es entstehen jedenfalls daraus auch für das Kapital manche Uebelstände, und darunter ist der Wichtigste — die Arbeiterauswanderung. Allein, so lange diese Auswanderung sich in gewissen Dimensionen hält, ist dies für das Kapital von keinem großen Belange. So ein echter, rechter Industriestaat besitzt für alle Fälle auch eine genügend große Reserve-Armee. Für den Arbeiter dagegen ist es keine Kleinigkeit, wenn er gezwungen ist, den Staub von seinen Pantoffeln abzuschütteln. Es gestaltet sich also die Situation für den Arbeiter noch ungünstiger, als für das Kapital.

Es steht der Arbeiterklasse ein schwerer Kampf bevor. Und in diesem, wie überall, liegt die Macht der Arbeiterschaft nur in der Organisation. Aber nicht in der gewerkschaftlichen Organisation einzig und allein, sondern in der vereinigten politischen und gewerkschaftlichen Organisation! Denn gerade da, wo es nicht mehr einen Kampf gegen den einzelnen Kapitalisten, oder die einzelne Kapitalistengruppe, sondern den allgemeinen Kampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse gibt, muß die Arbeiterschaft sammt der ökonomischen ihre politische Macht betätigen. Ökonomisch tritt die Arbeiterklasse auf als die einzige Reichthum schaffende Kraft, politisch — als das einzige staatsbildende Element, das Volk. Was sie als ökonomische Macht im Kampfe mit den Kapitalisten nicht erhalten kann, erlangt sie sich als politische Macht durch den Staat, durch die Gesetzgebung.

Mag da kommen, was will — wenn die Arbeiterklasse fest zusammenhält, so giebt es keine andere Macht in der Gesellschaft, außer ihr!...

zum Ueberflus bekam er noch einen heißen Strahl auf den Rücken, der ihn schnell bis auf die Haut drang, ihn aber auch vor weiteren Mißhandlungen schützte, denn zwei Soldaten stürzten, von demselben Strahl im Gesicht getroffen, über ihn weg und bedeckten seinen Körper, ihm zur Last, aber auch zum Schutze.

Zur selben Zeit sprengten die Leute Findeisen's den Theil der Schenke, über welche sich zwei Schutzhelme des Militärs erhoben hatten. Menschen, Balken und Steine flogen hoch in die Luft, ein fürchterliches Geschrei machte die Luft erzittern, und an der Spitze einer entschlossenen Schaar von Maschinenarbeitern und Vergleuten stürmte Findeisen über den Postplatz der Post zu, um dieses, im Mittelpunkt gelegene massive Gebäude in Besitz zu nehmen. Da mit einem Male löste sich von einem Winkel des Platzes eine geschlossene Schaar von drei- bis vierhundert Männern, ausgezeichnet durch weiße Binden und durch eine mehr bürgerliche als militärische Kleidung. Diese Schaar eilte gleichfalls dem Postgebäude mit dem augenscheinlichen Bestreben zu, es vor den Angreifern zu erreichen.

In der Nähe der Post mußten sie zusammentreffen. Findeisen sah sich um; höchstens 80 bis 90 Mann waren ihm gefolgt, er schwenkte dem offenen Thore zu.

„Wohin, Herr Findeisen?“ rief ihm eine Stimme zu, und ausblickend sah er die hohe Gestalt Howald's, der ihm mit dem Degen in der Hand den Weg vertrat.

„Plah, Plah,“ rief Findeisen nach der ersten Ueber-raschung und erhob den Säbel, ihn über dem Haupte des Gegners schwingend.

„Voll!“ rief eine andere Stimme, die ihn im Tiefsten der Seele erbeben ließ.

Findeisen sah sich seinem Vater gegenüber, und der erhobene Arm fiel matt am Körper nieder.

„Ergieb Dich!“ rief der Vater und faßte nach dem bewehrten, des Widerstandes nicht mehr fähigen Arm, um ihn die Waffe zu entwinden.

„Wuth, Wuth! Freiheit, Freiheit!“ erscholl es von einer anderen Seite, und an der Spitze von etwa 50 bis 60 vom Pulverrauch geschwärzten Arbeitern stürmte Jwan mit Streit heran. Eine Gewehrsalve von einer seitwärts

Politische Ueberblick.

Berlin, den 20. Juni.

Im Abgeordnetenhaus kam heute die Hof-theater-Interpellation zu vorher vereinbarter Besprechung. Es war inzwischen ein Kompromiß abgeschlossen worden, dahingehend, daß Verwaltung und Unterhaltung der Hoftheater in Wiesbaden, Kassel und Hannover von diesen drei Städten zu übernehmen sei, und daß die Krone Zuschuß zu leisten habe. Dieser Zuschuß soll allerdings, wie Ministerpräsident von Eulenburg sagte, die Höhe der bisherigen Zahlungen erreichen, ob das aber dauernd sein soll und ob unbedingt bindende Verpflichtungen eingegangen sind, das wurde nicht klar. Die Debatte verlief vollständig im Sande. — Nach Erledigung oder richtiger Nichterledigung dieser Angelegenheit nahm das Haus in dritter Sitzung das Lehrrer-Dienst-einkommen-Gesetz in der Fassung des Herrenhauses an. —

Der Mosch. Nachdem monatelang das Publikum widersprechende Nachrichten empfangen, wird jetzt die Thatsache eingestanden, daß die „große Militärvorlage“ im preussischen Kriegsministerium bereits fix und fertig ist; daß sie den Kriegsministern von Sachsen, Bayern und Württemberg, deren Zustimmung selbstverständlich, unmittelbar vorgelegt werden wird — falls es nicht schon geschehen —; daß der Bundesrath, dessen Zustimmung ebenfalls selbstverständlich, sich demnächst mit der Maßregel beschäftigen wird; und daß alle Vorbereitungen auf's Neueste beschleunigt werden, damit der Reichstag, den man schon im Oktober zu berufen gedenkt, bei seinem Zusammentritt den betreffenden Gesetzentwurf fertig vorfindet.

Ueber den Umfang der neuen Opfer, die dem deutschen Volk zugemuthet werden, verläutet noch nichts. Aber gerade der Umstand, daß das Geheimniß so sorgfältig gewahrt wird, spricht für die enorme Größe der Mehrbelastung, durch deren offene Darlegung man das Publikum zu erschrecken fürchtet.

Wäge das deutsche Volk sich rechtzeitig regen! Wenn die Zeit bis zum Beginn der nächsten Reichstagsession ungenutzt verstreicht, so ist es zu spät. Und dem deutschen Volk wird unermessliche Bürde aufgeladen, unter der es ebenso elend zusammenbrechen muß, wie das italienische zusammengebrochen ist. —

Ein Beschluß des internationalen Bergarbeiter-Kongresses fordert die Anstellung von Grubeninspektoren, die aus der Wahl der Bergarbeiter hervorgegangen sind. Wie uns ein Telegramm aus Köln meldet, ist seitens der deutschen Bergarbeiter bereits der erste Schritt zur Verwirklichung dieses Beschlusses geschehen. Das Telegramm lautet:

Köln, 20. Juni. In einer öffentlichen Versammlung von Bergleuten theilte der Vorsitzende des alten Bergarbeiter-Bandes, Schröder, mit, er werde in einer Eingabe an die Minister des Innern und des Handels die Anstellung von Grubeninspektoren fordern, welche von den Arbeitern gewählt und kontrollirt und vom Staat besoldet würden. In der Eingabe soll auf die günstigen Resultate in Frankreich, Belgien und England hingewiesen werden.

Auch in den anderen Gewerken liegt es im Interesse der Arbeiter, daß sie sich das Recht erlangen, die Fabrik-inspektoren (Gewerberathe) aus ihrer Mitte zu wählen. Es wäre gut, wenn das Beispiel der Bergleute allgemeine Nachahmung fände. —

An die falsche Adresse. In einer Berliner Studenten-Versammlung ward vorige Woche von einigen Studenten gesagt, die sozialdemokratische Presse werfe den Studenten Faulheit und Rohheit vor. Die sozialdemokratische Presse hat allerdings einer gewissen Klasse von Studenten solche Vorwürfe gemacht, und macht sie auch heute noch. Und zwar stützt sie sich dabei auf den jetzigen Kultusminister Preussens, an den die gekränkten Herrn Studiosen sich gefälligst wenden mögen. —

Ein neuer kapitalistischer Prophet. Unter dieser Bezeichnung marschirt seit einiger Zeit Herbert Spencer, ein englischer „Philosoph“ oder gar „Gesellschafts-Philosoph“ durch die deutsche Presse. Daß Spencer ein „kapitalistischer Prophet“ ist — konfus wie alle Propheten — das soll ihm nicht bestritten werden. Aber „neu“ oder gar jung —

postirten Infanterie-Abtheilung schlug zwar in ihre Reihen und verminderte ihre Zahl, das beirrte indessen die Wackeren nicht, die ihren Brüdern zu Hilfe kamen; im Augenblicke waren Streit und Jwan an des Bedrängten Seite; Findeisen's Leute faßten neuen Muth, so daß sie nunmehr, vereint mit den neuzugewonnenen Gefährten, mit Wuth auf die Bürgerwehr eindringen, die sich nur unbehilflich vertheidigte und schrittweise vor der kaum halb so starken Zahl der Arbeiter zurückweichen begann.

„Steh, Männer, steh,“ rief Howald ergrimmt; „wollt Ihr vor Euren eigenen Arbeitern ausweichen?“

Dieser Ruf stachelte die Bürgerwehr auf, und sie begann zu stehen, theilweise sogar wieder vorzudringen. Der alte Findeisen war durch diese Stöße und Gegenstöße von seinem Sohn getrennt worden und gerieth in das Handgemenge, wobei ihm ein Schlag mit einer Eisenstange die Flanke aus der Hand schlug, ein anderer ihm aber den Kopf verlegte, so daß er zurücktaumelte. Ein Dritter wollte ihm das Bajonett durch den Leib rennen, aber da stand der Sohn, der sich mit Riesenkraft herangearbeitet hatte, vor dem Vater, hielt das Bajonett an und rief:

„Zurück! es ist mein Vater!“

Der Arbeiter wich zurück; die Bürgerwehr nahm den Bewunderten in ihre Reihen ein und konnte es um so ungehemmter thun, als gerade in diesen Augenblicke jene Infanterie-Abtheilung, welche die Salve gegeben, einen Bajonett-Angriff in die Flanke der Arbeiter ansah.

Findeisen wandte sich nach seinen Leuten um; aber Howald, der ihn unvermuthet bei dieser Wendung in die Kleidung am Hals faßte, rief ihn zurück und schrie den Bürgern zu: „Nehmt den Rebellen mit.“

„Ach was, mitnehmen, keine Schonung!“ rief der Möbelfabrikant Kollfuß und stieß dem Bedrängten mit aller Kraft den Wuchsenkolben vor die Brust, so daß er wankte und ihm das Blut aus dem Munde hervorquoll.

Jwan, der sich unter unsäglicher Wuth herangearbeitet hatte, fing ihn im Arm auf und streckte ihn zum Schutze den Säbel vor. Der nachgiebige Möbelfabrikant aber stürzte mit gehobenem Wuchsenkolben von Neuem auf die Weiden. Jwan's Degen war nicht im Stande, die Wucht

nimmermehr. Herbert Spencer ist ein alter Knabe, ein sehr demosthenes Haupt, 1820 geboren, also 72 Jahre alt, und hat schon zu Anfang der 50er Jahre die Literatur unsicher zu machen begonnen. Für einen Nationalökonom hat er selbst sich übrigens niemals ausgegeben. —

Nicht geimpft sollen die Kinder des deutschen Kaisers sein — hat Dr. Hübner, ein eifriger Impfgegner, zu Eisenleben in öffentlicher Versammlung gesagt. Bürgerliche Eltern, die ihre Kinder nicht impfen lassen, sind deshalb bestraft worden. Da das Impfgesetz für alle Angehörigen des Deutschen Reichs gilt, so klingt die Mittheilung Dr. Hübner's nicht glaubhaft. Wir erwarten eine Berichtigung. —

Nachdem obiges geschrieben, bringt die „Kreuz-Zeitung“ eine Art Berichtigung, welche die Sache aber nicht aufklärt. Es sei falsch, daß „sämmliche Prinzen“ ungeimpft seien. Also doch einige? Aufklärung ist also um so dringender nöthig. —

Worte und Thaten. „Meine Aufgabe ist Schweigen“, sagte der Ex-Hausmeier und gab ein Duzend Schimpfartikel auf die Post, die er mit seinen Reptilien gegen seinen Nachfolger und überhaupt gegen die neuen Steuerleute des alten Kurzes geschrieben. Und mit Dem sollte der wahrhaftige Stöder sich ernsthaft verminnt haben? —

Unverschämte wird die Reklame-Trommel von den Altkanzlerischen anlässlich der Agitationsreise ihres Chefs gerührt. Die Baare und Konforten müssen für den Friedrichshagen Reptilfonds doch ziemliche Gelder zusammengebracht haben. Die inländische und noch in höherem Maße die ausländische Presse — denn die Hilfe des Auslandes wird von diesen Patrioten nach Art ihres Chefs mit besonderer Vorliebe gesucht — ist gefüllt mit Bumbum-berichten über den großartigen Empfang, den das Volk in seiner Gesamtheit dem reisenden Ex-Hausmeier zollte. Wer diesen Berichten glaubt, muß denken, die fünfzig Millionen Deutschen erkehten die „Reklame“ des armen (50 Millionen Mark reichen) „Belisar“, während es bloß die Schienenflicker, Schnapsbrenner, kurz Volksausbeuter und Volksunterdrücker mit ihren verblenden Opfern sind, die den Sturz des Millionärstüchters und ausnahmegesetzlichen Blut- und Eisenpolitikers bedauern. —

Väterchen als Friedensfreund — das ist die neue Rolle, in welcher der Selbstherrscher und Staatsgefängene aller Reußen sich der Welt vorführt. Mit himmlischer Unparteilichkeit und Gnade läßt er seine Sonne scheinen über Gerechte und Ungerechte, über Deutsche und Franzosen, ja über die Oesterreicher, die er am Meisten im Magen hat, weil sie ihm den Weg nach Konstantinopel verlegten, den der gute Bismarck ihm mit seinem „Bischen Herzogovina“ so dienfertiger geöffnet hatte. Offiziös erhalten wir aus Petersburg die Sensationsnachricht: „Der Kaiser von Oesterreich ist von dem Jaren zu den Herbstjagden nach Spala eingeladen.“ Wir wissen nicht, wo Spala liegt, aber wir wissen, daß Väterchen sich gut Kind machen will, daß es in grimmigster Finanznoth ist, und daß die Völker des Westens, die — leider noch nicht — freien, von ihm mit einem Riesenspump beehrt werden sollen. Und zwar einem aktiven, nicht einem passiven — einem Pump, den sie „Väterchen“ geben sollen, nicht von ihm nehmen. Ja, der kommende Riesenspump — oder wenigstens der nothwendige, denn wenn die Völker nicht sehr dumm sind, wird er nicht kommen — der geplante Riesenspump beherrscht augenblicklich die russische Politik, und untermalen die Union von Elsaß-Lothringen dieses bankrotte Jarenthum zum Schiedsrichter Europas gemacht hat, bis zu einem gewissen Grade auch die Politik Europas. Die Nachricht von der Aufhebung des Getreide-Ausfuhrverbots geht ebensfalls hierher. Die Maßregel ist ganz bedeutungslos. Was Russland momentan ausführen kann, ist nicht viel, und was es heute ausführt, muß es morgen wieder zu weit höherem Preis einführen. Es ist der reinste Schwindel. Doch mundas vult decipi, das zivilisierte Europa muß betrogen werden — eingeseift für den Riesenspump. Von dem Standpunkt des geplanten Riesenspumps müssen jetzt alle amtlichen und halbamtlichen Nachrichten aus Russland betrachtet werden. Im Uebrigen verweisen wir auf unsere Artikel-Serie über die Lage in Russland. Da findet der Leser nicht bloß ein auf Thatsachen sich

des Schlages zu pariren, der sein Haupt mit solcher Wucht traf, daß er nunmehr sammt seiner Last zu Boden fiel.

Kollfuß sollte jedoch seinen Triumph nicht lange genießen, denn trotz des Handgemenges, in welchem die Arbeiter durch die Uebermacht von zwei Seiten immer mehr nach der Post zugedrängt wurden, war es Streit gelungen, sich nochmals zu den Weiden heranzuarbeiten, und nun fiel auf den blutigeren Fabrikanten, der nur noch seine Opfer sah, ein mächtiger Säbelhieb, der zwar am Gesichte abglitt, aber doch ziemlich tief in die Schulter drang und ein Ohe vollständig vom Kopfe trennte.

Der hierdurch gewährte kurze Augenblick der Erholung genügte Jwan, sich wieder zu erheben und unter dem Schutze Streit's den verwundeten Kameraden weiter zurückzuführen. Aber wenig war damit gewonnen, denn wenn auch Streit statt des Degen's die dem Möbelfabrikanten entfallene Flinte erfaßt hatte und die Bürger ihrerseits immer mit einiger Vorsicht vorwärts drangen, mußte er sich, bereits aus mehreren Wunden blutend, sagen, daß ihre Lage trostlos geworden.

Und unvermeidlich schien ihr Untergang und die Vernichtung der kleinen todesmuthigen Schaar, die mehr und mehr zusammenschmolz. Aber im letzten kritischen Augenblick erscholl von neuem, lauter und muthiger als zuvor, der Ruf: „Freiheit, Freiheit!“ — Einige hundert Erdbarbeiter von der Eisenbahn waren es, die, zum Theil nur mit Schaufeln, Hacken und Stangen bewaffnet, unter Freul's Führung heranzürmten und das Treffen wieder zum Stehen brachten.

Und „Freiheit, Freiheit!“ donnerte es von Neuem, denn jetzt eilten, geführt von dem Philosophen, der sich seiner Wunden halber von einem riesigen Arbeiter auf den Schultern tragen ließ, die wohlbewaffneten Leute heran, zu deren Entsehung das ganze Gescheh war unternommen worden.

Diesem Doppelstoße hielt die Bürgerwehr nicht Stand, sie begann zu weichen und nöthigte dadurch auch das zu ihrer Unterstützung herbeigeeilte Militär zum Rückzuge. Freilich rückten in ihrem Rücken einige bataillone siescher Truppen heran und breiteten sich in der ganzen Länge des Post-

gründendes Urtheil, sondern auch die Thatfachen selbst, nach denen Jeder ein eigenes Urtheil sich bilden kann.

Italienische Anleihe in Sicht. Die Finanzlage Italiens ist eine so verzweifelte, daß nur noch durch außerordentliche Mittel der Bankrott auf einige Zeit ferngehalten werden kann. Ein großes, ein sehr großes Anleihen ist nötig. Im Inland, das ganz erschöpft ist, läßt sich nichts aufbringen. Die Franzosen geben natürlich keinen Pfennig für die Zusammenfassung des Dreibundes. Die Engländer sind vorsichtige Leute. Bleiben die gemüthlichen Deutschen, und in Italien ist man allgemein der Ansicht, die Reise des Königs Umberto hänge mit einer Anleihe zusammen. Das hat viel für sich. Also: Tauschen zu!

Kommunaler Arbeiterschutz in der Schweiz. Unser Bruderorgan, die in Zürich erscheinende „Arbeiterstimme“ theilt mit, daß die Abgeordneten-Versammlung von Neu-Zürich (die Vororte von Zürich werden in kommunaler und die in Rede stehende Körperschaft bildet die demnächstige städtische Vertretung) auf Antrag der Arbeitervertreter folgenden Beschluß gefaßt hat:

Der Stadtrath bestimme die Lohnansätze für die im Tagelohn beschäftigten Bediensteten und Arbeiter, wobei als Mindestlohn für erwachsene Angestellte ein Ansat von vierzehnhalb Franken — drei Mark sechszig Pfennige — für den zehnstündigen Arbeitstag zu Grunde zu legen ist.

Bei der Anstellung sind vorzugsweise Einheimische zu berücksichtigen.

Für Bauunternehmer und Akkordanten, welche für die Stadt Arbeiten übernehmen, ist in obigem Sinne ein Pflichtenheft aufzustellen.

Daß in Paris sowie in London in den städtischen Vertretungen ähnliche Einrichtungen zum Schutze der Arbeiter existieren, ist unseren Lesern bekannt; in London hat der County Council (Grafenschaftsrath) erst vor wenig Wochen auf Antrag unseres Genossen John Burns beschloffen, daß die bei Ausführung städtischer Arbeiten beschäftigten Arbeiter die von den Trades-Unions, also den Arbeitervereinigungen der betreffenden Gewerkschaften, festgesetzten Arbeitslöhne erhalten müssen.

Verlängerung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne war eine der ersten Thaten des im vorigen Jahre neu-gewählten Grafenschaftsrathes, wie sich die Leser aus den Korrespondenzen unseres Londoner Mitarbeiters erinnern werden.

Die meisten Großstädte des zivilisirten Auslandes erachten es für ihre Pflicht, dafür zu sorgen — soweit die Stadt als Arbeitgeber und Unternehmer in Frage kommt — die Arbeiter gegen übermäßige Inanspruchnahme ihrer Arbeitskraft zu schützen; nur in der Hauptstadt des deutschen Reiches, welches angeblich an der Spitze der Zivilisation und Sozialreform marschirt, — in Berlin ist man allen dahingehenden Anträgen der Sozialdemokraten in der Stadtverordneten-Versammlung gegenüber auf beiden Ohren taub.

Im Berliner Rathhaus steht einer der Hochaltriesten des Kapitalismus; die Bourgeoisie in der Stadt der Intelligenz, vertreten durch den Liberalismus vulgo Freisinn, lehnt es erfahrungsgemäß grundsätzlich ab, den Arbeitern zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen behilflich zu sein.

Die Wohlfahrt des Kapitalismus ist das höchste Gesetz. Nach diesem Prinzip verhindert man im „rothen Haus“ jeden Versuch, ein Loch in die Ausbeuterfreiheit zu schlagen.

„Ein regelrechtes Fiasko der Sozialdemokratie“ nennt die Bourgeoisie den internationalen Bergarbeiter-Kongress, weil die englischen Bergarbeiter sich geweigert haben, den Achtstundentag für die Gesamtheit der Arbeiter zu fordern. Ebenso gut hätte es die gegnerische Presse, ein regelrechtes Fiasko der Sozialdemokratie“ nennen können, daß wir bei den letzten Wahlen bloß 1/4 Millionen und nicht die Majorität aller Stimmen erlangten. Daß die englischen Bergarbeiter auf einem Gewerkschaftskongress nicht für den allgemeinen Achtstundentag offiziell eintreten würden, das wußte jeder mit der englischen Arbeiterbewegung nur einigermaßen Vertraute von vornherein. Der große Erfolg dieses letzten Kongresses vom sozialistischen Standpunkte ist, wie wir seinerzeit ausführten, — neben der Schaffung eines internationalen Bundes — die Befreiung der mächtigsten englischen Ge-

plazes aus. Aber auch von der entgegengesetzten Seite quoll es in schwarzen Massen aus allen Straßenmündungen und drohte den ganzen Platz zu überschwemmen. Geschühe wurden von beiden Seiten in's Bereich des Schlachtfeldes gezogen, und aus den dunklen Massen der Arbeiter ritt auf einem schwarzen Streithengst, den er als ehemaliger Kavallerist sehr wohl zu regieren verstand, Wiesner, der Oberkommandant des Arbeiterheeres, in stiller Gelassenheit, wie es immer seine Gewohnheit war, sei es bei der täglichen Arbeit, sei es im fröhlichen Kreise seiner Freunde.

Bei seinem Anblick überkam die Volkstreiter erst das Bewußtsein des Großen, was ihnen in Ansehung ihrer gänzlichen Mittellosigkeit, ihrer Vereinzelung und Unerfahrenheit bereits gelungen war, und dieses freudige Bewußtsein gab sich in lauten Zurufen an den erwählten Führer, der ihre Uniform, die Blaus unter der glänzenden Schärpe trug, sowie in lautbröhnenden Hurrah's Lust.

Wohl mochten sich auch die gegenüberstehenden Truppen wundern, als sie den feindlichen Führer so ruhig hervorritten und halb bis in die Mitte des Platzes rücken sahen, von wo aus er das Terrain mit Muße rekonnozirte, als wenn er sich nicht in dem Schußbereich des Feindes, und zwar von etwa 2000 Gewehren, befände. Aber es dachte dort drüben Niemand an's Feuer, und so ritt Wiesner ungehindert nach dem Postgebäude, welches die Genossen bereits besetzt hatten, während die Führer noch alle vor dem Thorwege versammelt waren und sich ihre Wunden, so schnell und gut es ging, verbinden ließen.

„Ei, ei, Herr Mensch!“ rief Wiesner, als er den etwas bleicher und ruhiger gewordenen Philosophen erblickte. „Sie haben uns gehörig in Trab veretzt. Was in aller Welt hatten Sie gerade hier zu thun, als gab' es für Sie nirgends anders Gelegenheit zum Kampfe?“

„Ja, ja, es war dumm“, meinte dieser; „ich hatte mir vorgenommen, den Truppen so ganz heimlich in den Rücken zu fallen.“

(Fortsetzung folgt.)

werkschaften zum Prinzip des gesetzlichen staatlichen Normal-Arbeitstages. Wenn die Bourgeoisblätter die Bedeutung und Tragweite dieser Thatfache nicht einsehen, so befinden sie bloß ihre bodenlose Unwissenheit, die auch daraus erhellet, daß sie behaupten, der gesetzliche Normal-Arbeitstag sei im Prinzip längst von den englischen Gewerkschaften angenommen worden. Besagte Blätter — ihre Ehrlichkeit vorausgesetzt — verrathen hiermit bloß, daß sie den Unterschied zwischen einem privat vereinbarten und einem gesetzlich vorgeschriebenen Achtstundentage nicht kennen und die Berichte der letzten englischen Gewerkschafts-Kongresse nicht gelesen oder nicht verstanden haben.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

78. Sitzung vom 20. Juni 11 Uhr.

Am Ministerische: Graf zu Eulenburg, v. Bötticher, Miquel, Herzog, Voffe.

Auf der Tagesordnung steht die Verlesung der Interpellation der Abgg. Sattler, Wallbrecht und Eneccerus:

In die königl. Staatsregierung wird die Anfrage gerichtet: 1. Ist die königl. Staatsregierung von dem Plane unterrichtet, den bisher von dem Krontheaterkommiss-Fonds für die Theater in Hannover, Kassel und Wiesbaden gezahlten Zuschuß einzuziehen. 2. Im Falle der Bejahung der ersten Frage, welche Schritte beabsichtigt sie zu thun, um die dadurch hervorgerufene Gefährdung der berühmten und mit der Geschichte der betreffenden Städte und Landestheile eng verbundenen Kunstinstitute zu verhüten?

Ministerpräsident Graf zu Eulenburg: Ich bin bereit, die Interpellation sogleich zu beantworten.

Abg. Sattler (nall.): Die Form der Anfrage gebe ich vollständig preis; sie mußte gewählt werden, weil die Geschäftsordnung für die Behandlung solcher Fragen keine andere Möglichkeit giebt. Die Antwort, daß die Regierung amtlich keine Kenntnis von den angeführten Dingen habe, würde uns wenig befriedigen. Die Frage ist angeregt durch die Verhandlungen des Hausministers mit der Stadt Wiesbaden, aus welchen man schließen muß, daß man nicht mehr geneigt ist, die Verwaltung der drei vorübergehenden Hoftheater fortzuführen, oder höchstens für einen vorübergehenden Zeitraum. Das hat in den drei Städten große Beunruhigung hervorgerufen, welche die Vertreter dieser Städte veranlaßt hat, diese Frage zu stellen. Sehr trefflich hat ein Nichtanwohner, Herr von Wildenbruch, den Einbruch geschilbert, den eine solche Maßregel machen würde. Die Städte, in welchen die Fächer die Theater errichtet, haben nicht nur wirtschaftliche Vortheile von diesen Kunstanstalten, sondern sie sind mit denselben eng verflochten. Bei der Annexion wurde die Abticht ausgesprochen, daß in diesen Dingen Nichts geändert werde, daß keine größere Zentralisation eintreten solle. Redner beruft sich auf die Aussprüche des verstorbenen Kaisers Wilhelm gegenüber der Abordnung der Stadt Hannover, welche auf eine Doner der bestehenden Einrichtungen hoffen ließe. Die Maßregel, welche der Hausminister in Aussicht stellte, kam wie ein Blitz aus heilerem Himmel. Auch die politische Wirkung einer solchen Maßregel hat Herr von Wildenbruch geschilbert; es giebt in Hannover noch Elemente, welche mit den neuen Verhältnissen unzufrieden sind; sie werden die entsprechende Unzufriedenheit für ihre Agitation ausnützen, nachdem durch die Aufhebung des Welfenfonds eine gewisse Beruhigung herbeigeführt worden ist. Man sagt jetzt, die Ausgaben für die Theater sind auch aus dem Welfenfonds gemacht worden. Ich glaube das nicht, aber die Gleichzeitigkeit der Maßregeln bietet für solche Ausstellungen einen Anhalt. In Hannover und Kassel sind die Theatergebäude Staats-eigenthum, in Wiesbaden ist allerdings das Gebäude Eigenthum der Stadt. Als Ausschichtsbehörde schon kann die Regierung nicht ruhig dabei sein, wenn den Städten eine so hohe Last auferlegt wird, wie die Unterhaltung der Theater sie darstellt. In die Verwaltung des Krontheaterkommiss-Fonds wollen wir uns nicht einmischen, aber aus den angeführten Gründen können wir wohl Auskunft über die Absichten des Hausministers verlangen. Es könnte gefragt werden, ob nicht klagbare Rechtsansprüche für die Erhaltung der Hoftheater vorhanden sind. Wenn auch nicht rechtliche, so liegen doch jedenfalls moralische Verpflichtungen vor. Bei der Erhöhung der Krondotations 1867 und 1889 hat die Frage der Theaterunterhaltung eine Rolle gespielt. Wir können deshalb die Regierung nur bitten, eine genaue Prüfung der Rechtslage eintreten zu lassen und das Ergebnis derselben dem Hausminister gegenüber zu verwenden.

Ministerpräsident Graf zu Eulenburg: Ich könnte mich auf eine Verneinung der ersten Frage beschränken; ich theile indes den Wunsch, daß die Sachlage klar gestellt werde und füge deshalb Folgendes hinzu: Die Theater in Hannover, Kassel und Wiesbaden stehen unter königlicher Verwaltung. Die Kosten werden, abgesehen von gewissen Zuschüssen und eigenen Einnahmen, aus der Krondotations bestritten. Diese Kosten haben erheblich zugenommen und übersteigen jetzt das, was früher dafür aufgegeben worden ist. Die Schwierigkeiten werden dadurch gesteigert, daß die oberste Leitung sich nicht in dem Besitz der Kunstinstitute befindet. Deshalb ist vom Hausministerium in Aussicht genommen worden, mit den betreffenden Städten in Verhandlungen zu treten wegen Uebernahme der Verwaltung auf die Städte unter Zuschuß aus der Krondotations, um den Bestand der Theater dauernd zu sichern. Dazu bedarf es nicht der Mitwirkung der Staatsregierung, welche nur einzutreten haben wird, wenn staatliche Zuschüsse gefordert werden. Die Staatsregierung wird aber auch die weiteren Interessen, welche hierbei in Frage kommen, nicht aus den Augen lassen.

Auf Antrag des Abg. Sattler tritt das Haus in die Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Eneccerus (nall.): Durch die Antwort des Ministerpräsidenten scheint mir die Gefahr beseitigt zu werden, daß nicht bloß die Verwaltung auf die Städte übertragen wird, sondern daß der Zuschuß nur auf eine Reihe von Jahren gezahlt wird und dann aufhört. Das würde eine unerträgliche Belastung für die betreffenden Städte und für die Provinzen sein. In Hessen kann man es garnicht begreifen, daß das Theater aufgehoben soll, während doch die großen Staatswaldungen z. in preussischen Besitz übergegangen sind. Ueberall hat die Meinung obgewaltet, daß die Hoftheater in der alten Weise weiter geführt werden, namentlich nach den Auslassungen des Kaisers Wilhelm.

Abg. Wallbrecht (nall.): Die moralische Verpflichtung ist dadurch anerkannt, daß der Zuschuß für die Theater 25 Jahre lang gezahlt ist. Ich hoffe, daß die Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnisse führen werden.

Abg. Lieber (Z.): Der Hauptzweck der Interpellation ist wohl erreicht, da das Fortbestehen der Kunstinstitute als solcher gesichert zu sein scheint. Mir will es scheinen, als ob die Erhöhung der Krondotations 1889 auch mit dem Hinweis auf die Unterhaltung dieser drei Hoftheater begründet wurde. Ich habe damals an den Finanzminister die Frage gerichtet, ob es sich dabei um eine dauernde Belastung des Krontheaterkommiss-Fonds handle. Ich weiß aber nicht, ob ich damals eine Antwort erhalten habe. Besonders Wiesbaden verdient Berücksichtigung, da es jetzt auf städtische Kosten das Theatergebäude umbauen muß. Wenn der Zuschuß sich nur beschränken soll auf die Kosten der Unterhaltung der königlichen Hofloge, so wäre das keine Sicherung für das Wiesbadener Theater.

Abg. Brandenburg (Z.) erklärt sich für befriedigt durch die Erklärung des Ministerpräsidenten.

Abg. Richter (Ofr.): Es handelt sich hierbei um zwei Fragen: um die Zentralisation und um die Höhe des Zuschusses. Die Selbständigmachung der Theater als städtische Institute würde einen Fortschritt bedeuten. Es würde dann möglich sein, das Anwachsen der Zuschüsse zu verhindern, man wird im Stande sein, sich den Bedürfnissen der Bevölkerung anzupassen und höhere Einnahmen zu erzielen. Anders verhält es sich mit der Bemessung der Zuschüsse. Dieselben sollen bemessen werden den Mitteln der Krondotations entsprechend. Daburch wird wohl dementirt die Nachsicht, daß der Zuschuß entsprechen soll den Kosten für die Unterhaltung einer Hofloge. Die Zuschüsse haben sich seit 1867 erheblich gesteigert, aber mit Rücksicht darauf ist ja die Dotation wiederholt erhöht worden. Bismarck hat 1889 angeregt, daß die Kosten der Hoftheater auf die Staatskasse übernommen werden, so daß eine Erhöhung der Krondotations nicht zu erfolgen brauche. Das fand damals keinen Anklang. Jetzt muß ich mich dagegen verwahren, daß etwa ein Theil der Kosten auf die Staatskasse übernommen wird. Unsere Finanzen gestatten nicht einmal die Erfüllung der dringendsten Bedürfnisse, da sind wir nicht in der Lage, für die Theater Zuschüsse zu bewilligen. Wir haben schon 10 Millionen für den Dom bewilligt, für dessen Bau auch in erster Linie die Krondotations hätte in Anspruch genommen werden müssen. Die Kosten der persönlichen Hofhaltung sollten nicht in so großem Maße gesteigert werden, daß sie die Erfüllung der moralischen Verpflichtung der Krondotations beschränken.

Abg. Graf Limburg-Stirum (L.): Woher entnimmt der Redner die Berechtigung, den Vorwurf zu erheben, daß der Krontheaterkommiss-Fonds sich den moralischen Verpflichtungen, die ihm obliegen, entziehen wollte? Die Erklärungen des Ministerpräsidenten bezeugen das Gegentheil und werden überall eine große Beruhigung hervorrufen. Daß zur Ersparrung von Kosten eine Aenderung der Verwaltung herbeigeführt werden soll, ist durchaus zu billigen, aber ich hoffe, daß, was bisher geleistet worden ist, auch ferner geleistet werden wird, damit die Theater ihren Zweck als Kunstinstitute erfüllen können.

Abg. Sattler: Der Redner befindet sich im Irrthum, wenn er glaubt, daß die Zuschüsse nicht wegfallen sollen; bei den Verhandlungen mit Wiesbaden hat der Herr Hausminister dies ausdrücklich erklärt. Die Absicht, die Theater in die Verwaltung der Städte überzuführen, wird nicht überall Anklang finden, denn dadurch wird der Charakter eines Kunstinstituts immer etwas herabgedrückt. Daß für die dauernde Erhaltung der Kunstinstitute gesorgt werden soll nach der Ansicht der Regierung, hat mich gefreut. Daß der Ministerpräsident gegen die moralischen Verpflichtungen keinen Widerspruch erhoben hat, läßt mich darauf schließen, daß er dieselben anerkennt.

Abg. Richter: Graf Limburg scheint nicht zu wissen, daß die Dinge offiziell in den Verhandlungen der städtischen Körperschaften zu Wiesbaden und Kassel bekannt geworden sind, wo die Verminderung der Zuschüsse begründet wurde mit den wachsenden Ausgaben der Hofverwaltung. Diese Ausgaben sind uns aber schon vorgeführt worden bei der Erhöhung der Krondotations. Ich habe den Eindruck, daß diese Sache vom Hausminister gründlich verfahren ist; im Interesse der Krone wäre es besser gewesen, wenn man die ganze Sache nicht angeregt hätte.

Darauf wird die Debatte geschlossen, die Interpellation ist damit erledigt.

Es folgt die Verathung des aus dem Herrenhause zurück-gekommenen Gesehentwurfes betr. das Einkommen der Lehrer an den nichtstaatlichen öffentlichen höheren Schulen.

Im § 1 hatte das Abgeordnetenhaus die Anwendung des neuen Normaltarifs auf die Zeichenlehrer, die technischen, Elementar- und Vorschullehrer beschlossen, die in der Regierungsvorlage ausgeschlossen war. Das Herrenhaus hat in diesem Punkt die Vorlage wieder hergestellt, und bezüglich der betreffenden Lehrer folgende Vorschrift als Absatz 6 aufgenommen: Die Befolgung der übrigen technischen Elementar- und Vorschullehrer ist innerhalb der für die entsprechenden Kategorien an den staatlichen höheren Schulen bestimmten Grenzen dergeßalt festzustellen, daß dieselbe hinter derjenigen der Volksschullehrer in den betreffenden Orten nicht zurückbleiben darf und ihnen außerdem eine nicht pensionsfähige Zulage von 150 M. jährlich gewährt wird.

Abg. Krendt (St.) beantragt die Wiederherstellung des Beschlusses des Abgeordnetenhauses.

Abg. Lieber beantragt, den Beschluß des Herrenhauses in seinem letzten Theile etwas abzuändern dahin: „daß dieselbe hinter dem um eine nicht pensionsfähige Zulage von 150 Mark jährlich für sie vermehrten Einkommen der Volksschullehrer in dem betreffenden Orte nicht zurückbleiben darf.“

Nach längerer Debatte werden die Anträge Krendt und Lieber abgelehnt und § 1 nach dem Beschlusse des Herrenhauses gegen einen Theil der Konservativen genehmigt.

Die Wiederherstellung des § 7 wird, nachdem die Abgg. Lieber und Krendt sie empfohlen, mit großer Mehrheit abgelehnt und die Vorlage endgiltig nach den Beschlüssen des anderen Hauses angenommen.

Schluß gegen 4 Uhr. Nächste Sitzung nach Erledigung des Kleinbahngesetzes im Herrenhause.

Briefkasten der Redaktion.

H. B. Sie müssen der Drückerkasse spätestens am 30. September zum folgenden 1. Januar kündigen, und müssen bis dahin sich einer freien Hilfsklasse angeschlossen haben.

Ein Abonnent, Vauferstraße. Ob Abdrücke von Kautschukstempeln in Bedürfnisanstalten Sachbeschädigung oder grober Unfug sind? Ueberlassen Sie solche Denunziationsfragen, wenn sie sich auch nur gegen Antisemiten kehren, doch Herrn Eugen Richter und der übrigen „freisinnigen“ Presse.

M. H. 22. Sie können den Vater des Kindes für die Beschädigung nur verantwortlich machen, wenn Sie nachweisen, daß derselbe die Pflicht der Erziehung und Bewachung über sein Kind griblich vernachlässigt hat.

K. J. Wittstockerstr. Daß werden Sie auf der betreffenden Krankenliste am besten erfahren können; es kommt darauf an, welche Sätze zwischen der Kaffe und ihrem Arzt vereinbart sind. Die gesetzliche Lage ist nicht überschritten, da das Impfen als Operation gerechnet wird.

H. H., Mantelstraße. Natürlich kann Ihr Rechtsanwalt nur für die thatsächlich für Sie aufgewendete Thätigkeit Gebühren fordern; er muß nachweisen, was er gethan, z. B. daß er Interventionsbriefe geschrieben hat.

H. W. Der Wirth hat wegen seiner Miethsforderungen das Retentionsrecht an den Sachen des Miethers, solange dieselben sich noch im Miethshause befinden. Er kann Sie also, obgleich Sie in dem Hause eine andere Wohnung bezogen haben, wegen des alten, noch nicht verjährten Miethsrechtes an Fortschaffung der Sachen hindern.

Zwei Wetteude. Die Forderung verjährt in zwei Jahren seit Ausstellung des Scheins. Wird in der Zwischenzeit die Schuld Seitens des Schuldners ausdrücklich oder durch Leistung einer Theilzahlung anerkannt, so beginnt von da ab eine neue zweijährige Verjährung zu laufen.

G. M., Gräfestr. Das mündlich Abgemachte kann, wenn es dem schriftlichen Kontrakt widerspricht, jederzeit widerrufen werden, es gilt alsdann nur der Kontrakt. Wesen Sie denselben aufmerksam durch; wir können, ohne dessen Bestimmungen zu kennen, Ihnen keinen zuverlässigen Rath geben.

Ein treuer Abonnent. Als „langjähriger Abonnent“ sollten Sie sich doch nicht an den „Vorwärts“ mit der Frage wenden, ob das Manöver Kaiser Wilhelm I. bei Breslau 1882 oder 1883 war?

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 21. Juni.
Opernhaus. Cavalleria rusticana. C'osi fan tutte (So machen es alle!)
Berliner Theater. Narsis.
Deutsches Theater. Der Weg zum Herzen.
Friedrich-Wilhelmsstädt. Theater. Die Fledermaus.
Opern-Theater. Die Kellnerinnen von Berlin. Die guten Plüthen oder Hirsch in der Langstunde.
Thomas-Theater. Heißes Blut.
Belles Alliance-Theater. Der Abenteuerer.
Froll's Theater. Der Wildschütz.
Adolph Gruff-Theater. Groß-Eden.
Sausmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Berl. Sommer-Theater
(Bock - Brauerei, Tempelhofer Berg)
Dienstag, den 21. Juni:
Grosse Vorstellung.
1. Theil: Spezialitäten I. Rangos. Gastspiel der französischen Liedersängerin Mlle Valerie Pasqual. Gastspiel der Original Bourlesque-Excentrics: 3 Gebr. Math'as.
2. Theil: Zwölf Mädchen in Uniform. Vaudeville - Burleske in 1 Akt von L. Angely. Musik von verschiedenen Komponisten. Inszenirt von Paul Panly.
3. Theil: Spezialitäten-Vorstellung. Zum Schluss: Der Zauberbrunnen der Najaden, grosses Ballet-divertissement, ausgeführt von dem aus 20 Damen bestehenden Corps de Ballet.
Anfang: des Konzerts 6 1/2 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Mittwoch: Gala-Vorstellung u. Italienische Nacht.

Wallner-Theater.
Ben-Ali Bey's
orientalische
Zauber und Wunder.
Kasseneröffnung 1/8 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Preise: Parqu. 3, 1.50 und 1 M.
Ränge: 3, 2, 1 M. und 50 Pf. Loge 4 und 3 M. Kinder die Hälfte. Vorverkauf: Invalidentank und an der Theaterkasse. 615M

Passage-Panopticum.
Neu!
Blaue Grotte
mit Wasser, Köhnen u. Beleuchtungseffekten.
Neu!
Eine Kriminalgeschichte
in sieben lebensgroßen Gruppen.

Castan's Panoptikum.
Geöffnet von 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

Victoria-Brauerei.
Lühnowstraße 111/112.
Im Konzertgarten resp. Saal
Täglich (außer Sonnabends):
Stettiner Sänger.
Stets wechselnd. Programm.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 U.
Entree 50 Pfg. Wochentagsbillets à 40 Pfg. (S. Plakate)

Moabiter Gesellschaftshaus,
Alt-Moabit 80/81.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten.**
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pfg. 2289L. **Hellmuth Peters.**

Saal alle 14 Tage Sonnabends, sowie einige Wochentage an Vereine zu vergeben
Gr. Frankfurterstr. 18.

Das grösste Brot für 50 Pf. liefert [2494L]
Albrecht's Bäckerei,
Wrangelstr. 8, Langestr. 26., Falkensteinstr. 18.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Versammlung
am Dienstag, den 21. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, in Bohne's Salon, Hohenstraße 45/47.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Siegerist, über: Die wirtschaftliche Lage.
2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes und Fragen. Gäste haben Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Versammlung
am Mittwoch, den 22. Juni, Abends 8 Uhr, im Lokale Rosenthalerstr. 38, 1 Treppe.
Tagesordnung:
1. Die Entwicklung des Eigenthums. Referent Genosse Ch. Glöck. 385/20
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.
Der Vorstand.
NB. Am Sonntag, den 10. Juli, findet in der „Brauerei Friedrichshain“ das Sommerfest des 5. Wahlkreises statt, worauf die Genossen besonders aufmerksam gemacht werden.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Versammlung
am Dienstag, den 21. Juni, Abends 8 Uhr, im großen Saale der Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47/49.
Tages-Ordnung:
1. Die Stellung der Sozialdemokratie zu Stichwahlen zwischen gegnerischen Kandidaten. Referent Dr. Kütgenau, Korreferent Stadtverordneter Vogtherr. 424/5
2. Diskussion.
3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
4. Fragekasten.
Gäste haben Zutritt.
Der Vorstand.
NB. Die Jahreshelle, welche sich beim Genossen Gnadi befand, ist zu Raabe, Schönholzer- und Kuppinerstraße-Eden verlegt.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!
Sonntag, 26. Juni, Nachmittags 2 Uhr:
Grosses sozialdem. Volksfest
in den Lokalen:
1. Jägerhaus, Schönhauser Allee; 2. Knobel, Badstr. 58; 3. Knappe, Müllerstraße; 4. Böttcher, Seeschlößchen in Reinickendorf.
Unter Mitwirkung mehrerer bewährter Gesangsvereine (M. d. A. B.).
Festrede. Lebende Bilder. Vorträge.
Den Genossen des 6. Wahlkreises zur Mittheilung, daß die Feier auf dem Brocken, Tegeler Chaussee, Umstände halber nicht stattfinden kann, sondern in den oben angeführten Lokalen stattfindet.
Die Billets haben, wie bei der Maifeier, zu allen vier Lokalen Gültigkeit, sodass mit einem Billet alle vier Lokale besucht werden können.
475/5 **Das Komitee.**

Achtung! Maurer! Achtung!
Große öffentliche Versammlung
der
Maurer Berlins u. Umg.
am Donnerstag, den 23. Juni, Ab. 8 Uhr,
in **Joël's Salon,** Andreasstraße 21.
Tagesordnung:
1. Berichterstattung über den Stand der jetzigen Lohnbewegung und weitere Stellungnahme zu derselben.
2. Diskussion.
NB. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen pünktlich in dieser Versammlung zu erscheinen.
Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß laut Versammlungsbeschluss die Sperrre nur im Einverständnis mit dem unterzeichneten Bureau verhängt werden kann. 428/10
Bevor also die Kollegen die Sperrre verhängen, ist und hiervon, sowie von allen übrigen Vorgängen auf den Bauten betreffs unserer Lohnbewegung, sofort mündlich oder schriftlich, Bericht zu erstatten.
Das beauftragte Bureau: Gipsstr. 3. Aug. Dietrich. Helnr. Schlgolski. Wilh. Roll.

Maler und Anstreicher!
Große öffentliche Versammlung
am Mittwoch, den 22. Juni, Abends 8 Uhr,
in **Gratweil's Bierhallen,** Kommandantenstraße 77-79.
Tages-Ordnung:
1. Unsere wirtschaftliche Lage, der Rückgang der Löhne und unsere Stellung zur Akkordarbeit. Referent Hr. Riesop. 2. Verschiedenes.
Ein jeder Kollege ist verpflichtet in dieser Versammlung zu erscheinen. 222/13
Der Vertrauensmann.

Öffentliche Versammlung
aller im Buchdruckgewerbe beschäftigten Arbeiterinnen
am Mittwoch, den 22. Juni, Abends 8 Uhr, bei **Prochnow** (früher Derschel), Sebastianstr. 59.
Tages-Ordnung: 125/10
1. Vortrag: Was thut den Arbeiterinnen noth? Referent Herr Silberberg. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Alle im Buchdruckgewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sind hierzu freundlichst eingeladen.
Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt.
Die Einberuferin.

Möbel- und Ausstattungs-Magazin
von **J. Adler,** Oranienstraße 47. Auch Theilzahlung gestattet. [2509L]

Fachverein d. Tischler (Osten).
Versammlung
am Mittwoch, den 22. Juni, Ab. 8 1/2 Uhr, in **Habericht's** großen Saal, Große Frankfurterstr. 30.
Tagesordnung: 1. Vortrag über: Freiheit und Autorität. Referent Dr. Tüngenau. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Der Bevollmächtigte.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Freie Vereinigung sämtlicher in der Papier-Industrie beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen Berlins u. Umgegend.
Versammlung
am Mittwoch, den 22. Juni, Abends 8 Uhr, in **Scheller's Lokal,** Inselstr. 10.
Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Ottilie Baader über: Die Gleichberechtigung der Frau. 2. Bericht über die Unterhandlungen mit dem Vorstände des Buchbinder-Fachvereins. 3. Verschiedenes und Fragekasten. Um recht zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.
Die Versammlung findet am 22. statt, nicht - wie irrtümlich angegeben - am 23.

Große öffentliche Volksversammlung in Weissensee
Dienstag, den 21. Juni 1892,
im Saale des Herrn Dusodann (Vereinshaus), Charlottenburgerstr. 149.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen A. Gerisch über: Zahlen beweisen. 2. Diskussion. 3. Ergänzungswahl der Lokalkommission. 4. Unsere Presse.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
484/2 **Der Vertrauensmann.**

Achtung!
Genossen und Kollegen vom Wedding und Moabit!
Den Genossen u. Kollegen von Moabit u. Wedding hierdurch die Mittheilung, daß ich, da ich in meinem Berufe verunlückt und Krüppel geworden bin, vom 1. Juli ab einen Zeitungs- und Großhüben-Verkauf an d. Müller- u. Lindowstr.-Ecke (Krause) einrichte. Abonnements auf Vorwärts, Bauhandwerker, Der wahre Jakob, Süddeutscher Postillon, Glühlichter, sowie alle übrigen Arbeiterblätter nehme ich entgegen und sorge für pünktliche Zustellung. Indem ich die Genossen und Kollegen bitte, mich in meinem Unternehmen nach Kräften zu unterstützen, zeichnet achtungsvoll
647b
Carl Weisse, Tegelerstr. 27.

Sonntag, den 26. Juni, findet in Friedebau im Kurhaus ein **großes Volksfest** statt. Gesangsvereine, die gewillt sind, dasselbe zu unterstützen, werden ersucht, ihre Adresse an Richter, Steglitz, Schloßstraße 12b gelangen zu lassen. 422/15

Zur Reise und zu den Ferien.
Saison-Ausverkauf.
Hochf. kompl. Anzüge jezt u. 10 M. an.
Salon-Anzüge 15
Englische Reise-Anzüge 20
Touristen-Anzüge 14
Promenaden-Anzüge 17
Eleg. Gesellschafts-Anz. 24
Paletots 8
Schuwaloffs 18
Bellerine-Paletots 12
Staubmäntel 2
Reisemäntel 8
Hosen bis zu den elegant. 2
Pique- und Wasch-Westen 1 1/2
Burschen-Anzüge 8
Burschen-Anzüge, hochfein 11
Knaben-Anzüge 2
Knaben-Roueaunts-Anzüge 6
Knaben-Anzüge von den einfachsten bis zu den elegantesten in Waschstoffen, Tuchen, Cheviot, Rammgarn u. von nur 1 Mark pro Stück an.
Leinen-, Bustre- und Wasch-Anzüge, sowie einzelne Joppen, Hosen u. für Herren und Knaben zu noch nie dagewesenen Preisen.
Wir bemerken, daß wir in Bezug auf große Auswahl und Billigkeit der Preise von keinem hiesigen Geschäft erreicht werden können. **Billigstes u. größtes Konfektionshaus Berlins!**

Zum Prophet
Welthaus fertiger Herren- und Knaben-Garderoben.
1. Et. am Dönhoffplatz 1. Et. Ecke Leipziger- u. Kommandantenstr.
Versand nach auswärts nur gegen Nachnahme.
Telephon-Anschluss Amt I. 7641.
Elektrische Beleuchtung.
Sonntags bis Abends geöffnet.
Papier-Schneidemaschine, fast neu, billig zu verk. Näheres Buchdruckerei, Reichendergerstr. 50. 646b

Unserm Genossen und Statthalter **Heinrich Keller** (genannt der Kahl) zu seinem heutigen Wiegenfeste die besten Glückwünsche. 639b
Die Genossen vom Statthalter „Grand“.

Statt jeder besonderen Meldung zeige ich hiermit allen Verwandten und Bekannten an, daß mein lieber Mann, unser guter Schwager und Schwiegerohn, der Destillateur **Karl Gessler** in Verrichtung seines Berufs verstorben ist. 640b
Die Beerdigung findet Dienstag, den 21. d. Mts., Nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des alten Elisabeth-Kirchhofs, Ackerstraße, statt.
Die trauernde Wittwe **Hermine Gessler** und Verwandten.

Für die unerwartet große Theilnahme bei der Beerdigung unseres unvergeßlichen Freundes 641b
Johann Weber
sagen wir hiermit unsern innigsten Dank. Besondere Dank noch dem Herrn Manasse für seine erhabene Grabrede, sowie Dank dem Gesangsverein „Nord“ und dem 1. Wahlverein. Seine Getreuen.

Empfehle mein Geschäft in frischen Blumen und Kränzen. 538 L
Robert Meyer,
Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2.
NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

KRONEN-GARN
1000 YARDS
Bestes Nähgarn!
Stempelfabrik
von **R. Hecht**
BERLIN S.
Oranienstr. 55
liefert schnell und billig
alle Arten
Stempel.

Rechtsbureau des königlichen Amtsrichters a. D., **Alte Jakobstr. 190.** Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unentgeltlich. Auch Sonntag. [2225L]

Arbeitsmarkt.
Tüchtiger Messingarbeiter und Dreher, auch Gärtler, sucht Stellung. Adr. Rosamentier, Pirnaisstr. 11a.

Schirmgestell-Arbeiter.
Ein erster Fertigmacher wird zum 1. Juli bei gutem Lohn gesucht. **Leo Wolff,** Wallstr. 7/8.

Ein Redakteur
für ein täglich erscheinendes Parteiblatt wird gesucht. Baldiger Antritt erwünscht. Offerten unter „Redakteur“ durch die Exped. d. Bl.

Ein junger Arzt
(Parteigenosse)
wird als Vertreter für den Monat Juli in einer größeren Provinzialstadt gesucht. Offerten unter N. II bitte an die Expedition des „Vorwärts“ zu senden. 2558b

Ein Männer-Gesangsverein im Süd-Ost der Stadt (M. d. A. S.) f. einen tüchtigen Dirigenten. Gest. Offerten erb. an **H. Eidner,** Forsterstr. 4, u. 5 T. links.

Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 142.

Dienstag, den 21. Juni 1892.

9. Jahrg.

Parteinachrichten.

An die Turner der Mark Brandenburg und Berlin!
Zunehmend! Wir treten nochmals mit der Aufforderung an die arbeiterfreundlichen Turnvereine heran, den am 26. Juni cr. stattfindenden Kongress beschließen zu wollen. Es haben sich schon einige Orte gemeldet. Der Bund wird den Namen führen: „**Markischer Arbeiter-Turnerbund.**“
Der Kongress findet in Mengert's Volksgarten in Brandenburg a. O. statt. Die Tagesordnung wird den an dem Kongress beteiligten Vereinen zugestellt. Wir bitten, die Anmeldungen der Delegierten beschleunigen zu wollen. Alle Mitglieder der an dem Kongress beteiligten Vereine haben zu dem Kongresslokal Zutritt.
Brandenburg a. O., den 9. Juni 1892.
Die Kongresskommission des Brandenburger Männer-Turnvereins.
Alle Anfragen und Meldungen nimmt entgegen D. Garb, Wilhelmshofstr. 5 N.
Die arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Aus Leipzig wird uns geschrieben: Die hiesigen Arbeiter sind jetzt eifrig mit den Vorbereitungen zu den Stadtverordneten- bzw. Landtagswahlen beschäftigt. Im „einigen“ deutschen Vaterlande sind bekanntlich eine Menge Formalitäten zu erfüllen, um in diesem oder jenem Ländchen die politischen Partikularrrechte ausüben zu können. Die Weisheitslehren mit dem „Bürgerwerden“ sollen und hier weniger genieren, aber die Erwerbung des Staatsbürgerrechts, die Beschaffung des Heimathscheines u. hat oft die denkbar größten Schwierigkeiten. So mancher Arbeiter, dessen Wiege in Leipzig oder sonstwo in Sachsen stand, glaubt die sächsischen politischen Rechte zu besitzen. Will er aber wählen, so wird ihm bedeutet: Sie sind ja gar kein Sachse; Ihr Vater oder Großvater ist ein Preuße, Württemberger u. c.; er hat sich nicht naturalisieren lassen, folglich sind auch Sie Preuße, Württemberger u. c. Bisweilen macht die Beschaffung des Heimathscheines des Vaters weniger Schwierigkeiten, aber manche Behörden, an die man sich wendet, sind so jäh in der Ausstellung eines solchen, daß es vielen Arbeitern verleidet wird, sich weiter um die Erwerbung der politischen Rechte zu kümmern. Zuweilen wird es ihnen auch geradezu unmöglich gemacht, die nötigen Papiere herbeizuschaffen, zumal man sich früher gar nicht um die „Nationalität“ gekümmert hat. Daß die vielen Schreibereien den Arbeitern auch eine Menge Kosten verursachen, sei noch nebenbei erwähnt. In allen Bezirken haben es deshalb einzelne Genossen übernommen, bezüglich der Besorgung der Staatsangehörigkeits-Papiere Auskunft zu erteilen. Diese Einrichtung empfehlen wir auch den Genossen anderer Städte. Die größten Schwierigkeiten sind mit der Beschaffung der Papiere für Oesterreich zu überwinden. Ein Oesterreicher wird z. B. nicht eher aus dem Staate entlassen, bis er seine Militärzeit vollständig beendet hat, das ist unter Umständen nicht vor dem 35. Jahre. Und auch dann wird es zuweilen dem Betreffenden noch unmöglich gemacht, „Sachse“ zu werden. Welche Nothhilfe dies oft für einen Mann haben kann, mag folgendes beweisen. Ein in Wien geborener Arbeiter ist seit 26 Jahren hier und verheiratet. Sein Sohn muß Soldat werden, folglich hat sich der letztere in Oesterreich zu stellen. Wird er „tauglich“ befunden, so hat er vielleicht das Vergnügen, „seine Zeit“ in der Herzogowina oder sonstwo in einem entlegenen Winkel Oesterreichs abzuhängen. Die Reserve-Übungen kommen noch als Extravergnügen dazu. Daß es den Eltern nicht gleichgültig sein kann, wo sie ihren Sohn in der Ferienkolonie haben, ist selbstverständlich, denn wenn die Angehörigen in dem Staate ihrer Militärpflicht genügen, wo man selber wohnt, läßt sich gegen Mißhandlung derselben durch ihre Vorgesetzten leichter mit Erfolg vorgehen, als im anderen Falle. Nach Allem müssen die Genossen allerorts eifrig bemüht sein, unter den Arbeitern zu agitieren, daß dieselben naturalisieren lassen, eventuell müssen sie in ihrer Gesamtheit für die Kosten des Einzelnen aufkommen, denn es nicht möglich ist, diese selbst zu bestreiten. Wenn man systematisch vorgeht, wird auch der Erfolg nicht ausbleiben. Die Landtagswahlen werden es zeigen. Zu früh kann nicht angefangen werden, denn es währt oft sehr lange, ehe man auf ein Schreiben Antwort erhält. Also frisch an's Werk allerorts!

Aus Straßburg i. E. wird uns geschrieben:
Der Buchbinder G. Hufenbeck, der seit vier Jahren als Altenhefter bei der Reichsbahn arbeitete, wurde Mitte Mai entlassen, weil er sich — er ist Mitglied eines Arbeiter-Gesangsvereins — gefänglich an der Kaiserin beteiligt hat. Derselbe war noch nie „agitatorisch“ aufgetreten, und ebenso wenig hat er dies am 1. Mai, wo hier jedes öffentliche Reden überhaupt politisch verboten war. Das Ansuchen des p. Hufenbeck um Ausstellung eines Arbeitsattestates nebst Angabe des Grundes der Entlassung hat die Generaldirektion nicht einmal beantwortet, trotzdem der vorgeschriebene Stempelbogen blanko dem Gesuche beigelegt war. Wir fragen nun die Generaldirektion, ob sie geneigt ist, das verlangte Attest auszustellen oder nicht? U. N. w. g. —
Seit circa zwei Jahren sind wir in Geburtswehen mit einem sozialdemokratischen Wahlverein. Am 29. November 1890 wurden die Statuten des Arbeiter-Wahlvereins „Vorwärts“ eingereicht. Der Polizeidirektor Feichter stellte uns die Genehmigung in Aussicht, wenn wir den Paragraphen umänderten, welcher die Mitgliederaufnahme behandelt. Wir glaubten damals, diese Änderung nicht nötig zu haben, und suchten dabei auf § 17 des Reichstags-Wahlgesetzes. Die Genehmigung wurde versagt und unsere Beschwerde hierüber abgewiesen. Dieses Frühjahr nun wurde in einer Versammlung in Rehl beschlossen, noch einmal den Versuch zu machen, den Verein genehmigt zu bekommen. Man reichte daher am 5. April die nach Wunsch des Polizeipräsidenten abgeänderten Statuten ein. Am 26. April erhielten wir den daren Bescheid, daß dem sozialdemokratischen Wahlverein die vereinspolizeiliche Genehmigung nicht erteilt werden könne. (Verfügung des Bezirkspräsidenten, unterzeichnet Feichter.) Wir gaben uns damit selbstverständlich nicht zufrieden und wandten uns in einer Beschwerde an das kaiserliche Ministerium des Innern. Auch das war erfolglos.
So steht es mit dem Vereinsrechte in Elsaß-Lothringen.

„Unabhängiges“. In der letzten Nummer des Organs der Unabhängigen befindet sich ein Aufsatz: „An die Genossen in Oesterreich“, der die Unterschrift eines gewissen Anton Schönberger trägt. In dem Aufsatz wird Bezug genommen auf die „krassen Erfahrungen“, welche die Arbeiter Oesterreichs seit dem Hainfelder Parteitag (1888/89) mit dem „sozialdemokratischen Weltfact des Dr. Victor Adler und seiner intimsten Anhänger“ gemacht haben. Herr Anton Schönberger meint weiter, daß „es die höchste Zeit sei, daß die Arbeiter Oesterreichs darüber unterrichtet werden, wer sie am Narrenseil herumsührt.“ — Letztere Aufgabe, welche Schönberger zu erfüllen vorgiebt, erscheint uns nun weniger wichtig, denn nachdem unsere österreichischen Genossen auf dem letzten Wiener Parteitag mit den Hanser und Genossen (den hinter den Kulissen intrigierenden Schneider Rißmann mit inbegriffen) so gründlich ausgeräumt haben und nachdem Herr Schönberger es schon vorher vorgezogen

hat, den Staub Oesterreichs — wo ihn die Genossen mit Schimpf und Schande aus ihrer Mitte jagten — von den Füßen zu schütteln, ist vorläufig dafür gesorgt, daß die Herren, welche am Narrenseil ziehen möchten, bis auf Weiteres nicht zu thun haben. Damit aber Herr Anton Schönberger sein Treiben unter deutschen Genossen nicht weiter fortsetzen kann, sei hiermit auf ihn aufmerksam gemacht. Dieser saubere Bursche hat vor Pfingsten die Genossen in ganz Bayern, Thüringen, Sachsen (Königreich und Provinz), abgeklopft; kurz vor den Pfingsttagen sich dann hier eingefunden und auch da die Partei- und private Unterstützung der Genossen nachgesucht und gefunden — wofür er jetzt die erst An- und Abgeschnornten beschimpft. Leider erfahren wir zu spät, daß Schönberger von den österreichischen Genossen als räudiges Schaf längst abgethan ist; um denselben aber in Deutschland unter Genossen das Schnorren weiterhin unmöglich zu machen, sei vor ihm gewarnt. Herr Schönberger's Wunsch soll erfüllt und ihm die Gelegenheit genommen werden, noch weiterhin gutherzige Genossen am Narrenseil zu führen.

Polizeiliches, Gerichtliches u.
— Am 20. Juni trat der frühere Redakteur des „Sonnenberger Volksfreunds“ August Burkhardt, eine von ihm wegen Preßsünden noch zu verbüßende Reststrafe von 5 Tagen 6 Stunden und 34 Minuten, ferner zwei weitere Strafen von je 4 Wochen Gefängnis in Sonneberg an. Ein Urteil, welches weitere 7 Wochen gegen ihn verhängt, unterliegt noch der Beschlussfassung des Jenaer Oberlandesgerichts. Falls dasselbe bestätigt wird, ist Burkhardt erst am 8. Oktober wieder ein „freier“ Mann. 22 Wochen Gefängnis hat er bereits verbüßt.
— Genosse Rollenbühr, der kurze Zeit als Redakteur der „Norddeutschen Volks-Zeitung“ gezeichnet hat, wurde vom Schöffengericht Altona wegen Beleidigung eines Gendarmen zu 500 M. Geldstrafe event. 40 Tagen Gefängnis verurtheilt. Er hatte eine Korrespondenz aus Ueterfen aufgenommen, in welcher behauptet war, daß ein vom Delirium befallener Arbeiter vom Gendarmen so mit der Waffe geschlagen worden wäre, daß Blut durch die Hofe gebrungen sei. Der Gendarm stellte Strafantrag und die Staatsanwaltschaft erhob dann die Anklage. Das Strafmaß des Urtheils wurde, nach dem „Hamburger Echo“, unter Anderem damit begründet, daß als strafmildernd die Unbescholtenheit des Angeklagten, als erschwerend aber in Betracht gezogen sei, daß er, obgleich er lange Jahre sich von Beleidigungen fern gehalten habe, nicht auf demselben Wege geblieben sei und daß er zu einer Partei gehöre, die systematisch die Verhöhnung der Arbeiter gegen staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen betreibt. — Diese Begründung ist einzig.

— In Sachen des Staufurter Meineidsprozesses, in welchem das Magdeburger Schwurgericht in erster Verhandlung drei, in zweiter acht Arbeiter zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurtheilte, hat das Reichsgericht am 20. Juni das Urteil gegen Frisch und vier Genossen, welche von unserem Parteigenossen Stadthagen verteidigt worden waren, auf dessen Berufung hin aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung nach Magdeburg zurückverwiesen.

Lokales.

Besuch der höheren Schulen. Der Magistrat hat der Stadtverordneten-Versammlung eine Zusammenstellung der Frequenzen sämtlicher Gymnasien, Realgymnasien, Ober-Real- und hiesigen höheren Bürger Schulen Berlin zugestellt. Nach derselben hat die Zunahme der Schülerzahl (abgegeben von den höheren Bürgerschulen) in den Jahren 1887 und 1888 einen Stillstand erfahren; sodann trat eine Abnahme ein, so daß die Gesamtfrequenz in den drei Jahren 1880—1891 von 14 794 auf 14 419, also um 365 gesunken ist, während die Bevölkerung um 154 082 stieg. Die Zahl der Schüler der höheren Bürgerschulen ist von 1314 im Jahre 1888 auf 3234 im Jahre 1891 gestiegen. Die Gesamtzahl der Schüler der höheren Lehranstalten (ohne Vorschulen) einschließlich der höheren Bürgerschulen betrug 1888 16 098 (1,095 pCt. der Bevölkerungszahl), 1891 17 653 (1,067 pCt. der Bevölkerungszahl). Der Prozentsatz hat sich also in der gedachten Zeit nicht wesentlich verändert.

„Eine Verhöhnung kirchlicher Institutionen“ ist der alte Pfingstbrauch deutscher Korpsstudenten, der alljährlich auf der Rudelsburg bei Kösen am Pfingstsonntag stattfindende „Fuchssturm“, auch „Fuchstanz“ genannt, also nicht, und die kirchliche Behörde hatte demnach keine Veranlassung, gegen diesen über 40 Jahre bestehenden Pfingstbrauch zu protestieren und denselben, wie es in diesem Jahre des Heils zum ersten Male geschehen ist, durch die Polizei unterdrücken zu lassen. So erklärt der S. G. zu Jena durch das präsidierende Korps „Thuringia“, im Namen und Auftrag des Köfener S. G. Verbandes in einem langatmigen Zeitungsinserat, das gleichzeitig in dem ernsthaftesten Tone eine genaue Beschreibung der erwähnten studentischen Kinderei giebt. Daß ist brav! Wir freuen uns, daß die deutschen Korpsstudenten in so mancherlei Worten sich gegen den Verdacht der Herunterziehung einer der heiligsten Institutionen der Kirche verwahren. Es war auch wahrhaftig hohe Zeit, daß die allgemein verbreitete Ansicht endlich widerlegt wurde, daß den zukünftigen Stützen der Gesellschaft, so lange sie noch auf der Universität sich „studirens halber“ aufhalten, die Religion, die sie später dem Volke zu erhalten so eifrig bemühen, nichts gelte. Behauptete man doch sogar, daß selbst die Theologen von dieser Mißachtung der Religion keine Ausnahme machten, und daß sie überhaupt, soweit sie einer Verbindung angehören, rein gar nicht von dem späteren Ernst eines hochwürdigen Herrn Pfarrers an sich hätten. Zwar verüben die „Wingolsten“, die Vereinigung der Berliner Studierenden der Theologie, alljährlich am Tage vor Himmelfahrt auf Rudelsburg eine Kinderei, die dem „Fuchssturm“ auf der Rudelsburg würdig an die Seite gestellt werden darf. Sie erkleckten gesamt eine hohe Eiche, lassen sich, jeder ein Glas Bier in der Hand, auf den Zweigen nieder, hören andächtig einer Rede auf das Deutsche Reich zu, die einer der Herren hält, und schleudern dann die geleerten Gläser zu Boden. Aber es wäre Bosheit, wenn Jemand behaupten wollte, daß der „Scherz“, an dem in diesem Jahre nach einer seiner Zeit von der „Volks-Zeitung“ gebrachten Notiz 30 künftige Seelsorger theilgenommen haben, einer Parodie auf die Himmelfahrt noch viel ähnlicher sei als der so unverschuldet in alten Ruf gekommene „Fuchssturm“ einer Parodie auf die Taufe. Man bedenke, daß die frommen Jünglinge die Ausführung des „geistreichen Scherzes“ auf den Tag vor Himmelfahrt verlegt haben, weshalb sie auch bisher mit Recht von der kirchlichen Behörde nicht beeheligt worden sind. Die gleiche Voracht will von nun an auch der Köfener S. G. Verband gebrauchen. Er hat, den von kirchlicher Seite gelegten Bedenken sofort Rechnung tragend, auch den „Fuchssturm“ für alle Zukunft auf den Sonnabend vor Pfingsten verlegt. Auf diese Weise bleibt den deutschen Korpsstudenten nicht nur das „über 40 Jahre bestehende“ kirchliche Vergnügen des „Fuchssturmes“, sondern auch der erst aus neuerer Zeit stammende Ruf der Gottesfurcht und frommen Sitte erhalten.

Markthallen. Mit dem 30. September d. J. erreichen die dem Markthallen-Kuratorium erteilten und wiederholt verlängerten Verwaltungs-Vollmachten ihre Endschafft. Da das Markthallen-Unternehmen noch immer nicht als konsolidiert zu betrachten ist, der Verkehr in den an der Peripherie errichteten Markthallen sich vielmehr noch im Anfangsstadium befindet und der Erweiterungsbau der Zentral-Markthalle voraussichtlich erst im Laufe des nächsten Jahres wird fertig gestellt werden können, sollen die Vollmachten der Deputation nochmals und zwar bis zum 1. April 1894 verlängert werden.

Krankenkassen. Die Betriebsergebnisse der in Berlin vorhandenen, unter der Aufsicht der Gewerbe-Deputation stehenden Krankenkassen zeigen folgendes Bild: Den 61 Orts-Krankenkassen gehörten im Jahre 1891 269 044 Mitglieder an. Die Kassen hatten eine Einnahme von 5 493 233 M., und eine Ausgabe von 5 558 712 M., ihr Gesamtvermögen einschl. Reservefonds betrug am 31. Dezember 1891 3 358 840 M. — Den 21 Betriebs- (Fabrik-) Krankenkassen gehörten 26 869 Mitglieder an, der Gemeinde-Krankenkassenversicherung 42, den 11 Innungs-Krankenkassen 8595. — In Summa betrug die Mitgliederzahl dieser vier Kassenarten 304 550, ihre Einnahmen 6 448 553 M., ihre Ausgaben 6 479 417 M., ihr Gesamtvermögen am Schlusse des Jahres 4 042 529 M. Bei sämtlichen Kassen waren 110 334 Krankheitsfälle und 3352 Sterbefälle zu verzeichnen.

Studentisches. Die Neuwahlen für das Direktorium der Akademischen Gesellschaft fanden am 15., 16. und 17. ds. Mts. statt. Es fanden sich gegenüber auf der einen Seite der „Verein deutscher Studenten“ und sein antisemitischer Anhang, auf der anderen Seite die die Interessen der gesamten Studentenschaft vertretende „Freie wissenschaftliche Vereinigung“. Jeder der beiden Parteien gelang es, zwei ihrer Kandidaten durchzubringen, eine Thatsache, die in Anbetracht dessen, daß in den letzten Jahren die Verwaltung der Gesellschaft fast ausschließlich in den Händen der Antisemiten lag, eine entschiedene Niederlage dieser Partei beweist. Trotzdem bildet auch jetzt wieder der „Verein deutscher Studenten“ die Majorität im Direktorium, da bei der Ausloosung der beiden übrigen Sitze das Loos gegen die „Freie wissenschaftliche Vereinigung“ entschied. Bei der Verkündigung des Resultats der Ausloosung vernahm man aus dem Munde einiger frommer Theologen den ebenso geistreichen als bezeichnenden Ausspruch: „Gott verläßt den Deutschen nicht!“

Fürst Bismarck passierte am Sonnabend Nachmittag Berlin, um sich zur Hochzeit seines Sohnes nach Wien zu begeben. Auf dem Anhalter Bahnhof hatten sich an 400 „patriotische“ Rabauken gegeben, um Bismarck anzuhocken. Bismarck sah aus dem Fenster seines Wagens, als der Ruf ertönte: „Silentium! Seine Durchlaucht will reden!“ Hieraus sprach Bismarck die Worte: „Ich soll sprechen? Ich habe nichts mehr zu sagen.“ Es soll furchtbar rührend gewesen sein. Der Fürst trank ein Glas echtes Bier, und eine Thranenfunkele in seinen Augen. Dann ging es fort nach Dresden, wo sich eine andere Komödie abspielte. Derselbe Fürst, der vor wenigen Stunden nichts mehr zu sagen hatte, hatte in Dresden sehr viel zu sagen, weil dort, wenigstens in der Bourgeoisie, der nationalliberale Schwindel noch nicht abgeblieben war. Während des kurzen Aufenthaltes hielt der „treue Diener seines Herrn“ eine ganze Anzahl Reden, in denen er die verstorbenen Kaiser Wilhelm I. sowie auch den Kaiser Friedrich feierte, dessen kurze Regierungszeit wohl nicht am wenigsten gerade durch Bismarck getrübt war. Besonders hoch hob er den König Albert von Sachsen, mit deutlich erkennbarer Absicht hervor. Er fühlte sich sicher, daß ihm gegenüber das Gzemmel, das er an Armin, Gessen u. A. statuierte, nicht zur Anwendung kommen wird. Des Fürsten Bismarck Ehrgeiz ist der Besitz der Macht, und um dieses Besizes willen läßt er alle Mienen springen. Seine „patriotischen“ und „nationalen“ Anhänger vermissen, in der Hoffnung, durch Bismarck in die Höhe zu gelangen, jede Rücksicht; sie, welche die eigentlichen Kämpfer für Kaiser und Reich sein wollen, wenden jedes Mittel an, um Kaiser und Reich zu Falle zu bringen. Die Sozialdemokratie wird wenig Arbeit beim Sturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung brauchen — die herrschenden Klassen machen die Hauptarbeit selbst.

Die öffentliche Versammlung sämtlicher Gast- und Schankwirthsvereine Berlins und Umgegend, welche gestern Nachmittag bei Tisch tagte und von 2000 Gastwirthsvereinen besucht war, beschloß nach einem Referat des Verbandsvorsitzenden Wiese durch eine vom Anwalt des Verbandes Rechtsanwält Meyer ausgearbeitete Petition beim Oberpräsidenten von Preußen, desgleichen durch eine von Direktor Viehmann im Auftrag der Berliner Brauereien verfaßte Petition gegen die neue Polizeiverordnung Protest zu erheben.

In Sachen der Polizeiverordnung, betreffend die neuen Spülapparate im Gastwirthsgewerbe, hat auf eine Eingabe des Verbandes der Gast- und Schankwirthsvereine Berlins der Polizeipräsident unterm 13. d. M. einen Bescheid dahin erteilt, daß er es ablehnen müsse, die Aushebung der Polizeiverordnung vom 11. April d. J., betreffend die Reinigung und Spülung der Trinkgefäße in den Gast- und Schankwirthskassen, bzw. die Hinausschiebung ihres Inkrafttretens herbeizuführen. Er habe jedoch Vorsorge getroffen, daß in allen Fällen, wo nicht gerade böser Wille und Widersetzlichkeit gegen die Ausführung der Verordnung klar zu Tage trete, diese während eines Uebergangsstadiums den thatsächlichen Verhältnissen entsprechend, ohne unnötige Strenge gehandhabt werde.

Sechzig Personen, Bewohner der Umgegend des Ostbahnhofs, sind am Sonnabend wegen „bandenmäßiger Diebstahls“, sowie theilweise wegen „Bedrohung mit dem Tode“ festgenommen worden. — Wir erfahren über diesen Vorfall, der sich am Freitag Abend hier abgespielt hat, folgendes:

Auf dem der Ostbahn gehörigen Grundstück Brombergstr. 14 hatte die hiesige Hutholzhandlung Emil und Martin Seligsohn, Friedenstraße 89, einen Lagerplatz inne, den dieselbe jetzt räumte, da die Stätte zum 1. Juli dieses Jahres an einen hiesigen Maurermeister S. vermietet war. Am Freitag Abend um sechs Uhr hatte das Personal obiger Firma den Lagerplatz, auf welchem sich noch für 800 M. Waare befand, verlassen und die Eingangstür ordnungsgemäß verschlossen. Gegen 1/7 Uhr sammelte sich eine nach mehreren Hunderten zählende Menschenmenge an, welche sich ständig vergrößerte und wohl 500 Köpfe betragen mochte. Ohne Weiteres riß die Menge nun den Pfah von der Straße trennenden Zaun nieder und es begann eine Plünderung, wie dieselbe wohl noch kaum in Berlin vorgekommen sein dürfte. Man riß die Holzkapel ein, trug die Huthölzer einzeln fort, andere Personen wieder, denen diese Gesellschaft zu langweilig war, hielten vorüberkommene Fuhrwerke an und ließen auf denselben die geraubten Waaren fortbringen. Nachdem so die gesammelten Holzkapel gestohlen worden waren, rissen die Plünderer noch eine Holzbohle ein, zertrümmerten die Balken derselben und stahlen auch dieses Holz. Alsdann legte die Menge einen Zaun um, welcher das Grundstück Nr. 14 von der daranstoßenden Hutholzhandlung A. Krüger, Adlerstraße 70,

freunte und machte sich auch an die Plünderung dieses Hauses. Es waren hier auch schon bedeutende Vorräthe geraubt worden, als der Besitzer dieses Hauses, Herr K., mit vier Angehörigen erschien und vier die Stätte bewachende Posten loskettete, um so die weitere Plünderung zu verhindern. Die Thiere wurden jedoch von der Menge durch Steinwürfe zurückgetrieben und so konnte nichts gegen den Janhagel ausgerichtet werden. Gegen 1/10 Uhr Abends kam der neue Miether des Hauses, Herr Maurermeister S. mit seiner Gattin, an dem geschändeten Grundstück, auf welchem noch immer die Menge ihr Unwesen trieb, vorüber, und derselbe fühlte sich veranlaßt, einen Knaben, der gerade ein geraubtes Brett forttrug, zurückzufragen; er forderte dann die Plünderer auf, den Platz zu verlassen, da aber drang die Menge unter den Rufen: „Haut den Hund tod!“ auf S. ein, der sich jetzt mit seiner Frau nach einem Hause in der Memelstraße flüchten mußte, verfolgt von ungefähr sechzig Personen, die die Absicht, den Maurermeister niederzuschlagen, zu verwirklichen suchten. Nun wurde dieses Haus von den wüthenden Erzedenten förmlich belagert, bis endlich gegen 1/10 Uhr ein Schuhmann erschien; der Beunzte konnte natürlich allein nichts anrichten, er gab das Nothsignal, durch welches sieben Nachwächter herbeigerufen wurden, bei deren Erscheinen die Menge nun schleunigst flüchtete. Der gleichfalls von der Polizei befreite S. mußte aber den Heimweg unter Begleitung derselben antreten. Im Laufe des gestrigen Tages wurde bei 40 Familien der Umgegend des Ostbahnhofes von der Kriminalpolizei Hausdurchsuchung gehalten, wobei sich herausstellte, daß die Plünderung keineswegs durch die arme Bevölkerung jener Straßen verübt worden ist, sondern daß viele sehr gut situirte Personen an dem Raubzug betheiligt gewesen, zu denen unter Anderen ein reicher Bäckermeister und ein sehr wohlhabender Schlächter gehören. Nach eingehender Vernehmung sind die polizeilich Esirten, deren Zahl mehr als 60 beträgt, auf freien Fuß gesetzt worden. — Da die Ermittlungen fortwährend neue Angaben machen, glaubt die Behörde mindestens 200 Theilnehmer an dem Raub der Staatsanwaltschaft übergeben zu können.

Die Entstehung des unerhörten Vorfalles ist darauf zurückzuführen, daß sich eine größere Anzahl Kinder vor dem Plage angeammelt hatte, welche unter den Rufen: „Hier giebt es Brennholz für umsonst“ den Zaun überstiegen; es kamen nun auch noch erwachsene Personen hinzu und nach ganz kurzer Zeit hatte sich die Zahl der Raubenden auf 600 angeammelt. Mit welcher Frechheit die Plünderer vorgegangen, beweist der Umstand, daß sechs Zoll starke Balken, an welchen sechs Mann zu schleppen hatten, gestohlen und bis drei Treppen hinauf, wie z. B. in einem Hause der Memelstraße, geschafft worden sind. Die kommissarischen Vernehmungen der bis jetzt ermittelten Plünderer werden am Dienstag beginnen.

Wegen Veröffentlichung der gerichtlichen Beschlüsse bezüglich der Verhaftung und Haftentlassung des Aktors Ahtwardt wird der „Post“ zufolge gegen einen sehr großen Theil der Presse das Strafverfahren eingeleitet. Vorladungen an die Redakteure der Zeitungen zum Vorverhandlungstermin vor dem Untersuchungsrichter, Amtsgerichtsrath von Podewils, seien schon in großer Anzahl ausgefertigt worden. Die Staatsbürgerzeitung theilt mit, daß am Montag früh die Nummern ihrer Zeitung, welche die Beschlüsse wegen Verhaftung Ahtwardt's enthielten, mit Beschlag belegt worden sind.

Auffsehen verursacht die Verhaftung des in der Gollnowstraße wohnenden Partivarenhändlers Lachmann, welcher beschuldigt ist, größere Posten gestohlener Weiswaaaren, Sammelstoffe und Spigen von Dieben zu Ramschpreisen aufgekauft zu haben.

Der Prozeß, welchen der frühere Direktor der Kaiserbahar-Aktiengesellschaft durch den Rechtsanwalt Dr. Gotthelf gegen die Gesellschaft auf Gehaltsentschädigung wegen unrechtmäßiger Entlassung angestrengt hatte, ist jetzt durch Vergleich beendet worden. Der Kontrollerverwalter und der Gläubiger-Ausschuß der Gesellschaft, welche zuerst behauptet hatten, daß die Entlassung gerechtfertigt gewesen sei, haben nach genauer Prüfung der Sachlage dem Kläger eine entsprechende Entschädigungssumme für seine Ansprüche gezahlt.

Die im Prozeß Volke so viel besprochene Berliner Messinglinien-Fabrik und Hagenschmiede-Aktiengesellschaft wird pro 1891/92 eine Dividende überhaupt nicht vertheilen.

Die Voruntersuchung gegen den „Bankier“ Hugo Löwy ist nunmehr abgeschlossen und die Anklage erhoben worden. Dieselbe lautet auf einfachen Bankrott und auf Unterschlagung, Untreue und Betrug in 27 Fällen. Die Verteidigung hat Rechtsanwalt Dr. Gotthelf übernommen.

Das Befinden des Kommerzienraths Anton Wolff, dessen Strafsache das Schwurgericht nach den Gerichtsferien beschlagnahmt wird, hat sich in letzter Zeit so verschlechtert, daß dem Vernehmen nach die Gerichtsarzte augenblicklich mit der Frage beschäftigt sind, ob nicht angesichts dieser Sachlage eine Haftentlassung gegen Kaution geboten erscheint. Auch der Gesundheitszustand des Mitangeklagten Leipziger soll ein außerordentlich schlechter sein. — Wir haben gewiß nichts gegen die Anwendung der Humanität auch gegen Verbrecher. Aber unvergänglich wird es uns doch bleiben, daß so mancher unserer Genossen, der nicht gestohlen und betrogen hatte, im Gefängniß sein Leben einbüßte, daß bei Anwendung der Humanität ihm und seiner Familie hätte erhalten werden können.

Ein Verbot, welches den Abwurf mittelst Fallschirmen betrifft, wird anlässlich der Katastrophe in Weihenstephan in dieser Saison für die Umgegend Berlins, soweit diese dem Berliner Polizeipräsidium untersteht, erlassen werden. Es dürfte übrigens nicht uninteressant sein, zu erfahren, daß im vorigen Sommer bereits in dem oben erwähnten Vorort sich ein Fallschirm-Abwurf ereignete, der nur durch einen glücklichen Zufall nicht tödtlich verlief. Als sich Pfingsten 1891 der Lustschiffer Vattermann im Schloß Weihenstephan mittelst Fallschirm herabstürzen wollte, fiel derselbe in den Apparat des Letzteren hinein, der sich über 2. zusammenflog. Dem in Todesangst sich krampfhaft bewegenden Lustschiffer gelang es jedoch während des Sturzes, sich aus dem ihn umschlingenden Zaunwerk zu befreien, und so stürzte er, allerdings sehr unanft, auf das Dach eines Hauses der Langhansstraße in Weihenstephan nieder. Damals plagte auch noch der Ballon, in dessen Gondel sich noch ein Mitfahrer befand, und dieser kam auch nur dadurch mit dem Leben davon, daß der obere Theil des Ballons sich ausblähte und so als Fallschirm wirkte. Für Berlin ist das Verbot des Abwurfes bereits im Jahre 1889 erlassen worden, gelegentlich des verunglückten Abwurfes des Lustschiffers Perzberg, der durch den herrschenden Wind mit solcher Gewalt gegen die Wand eines Hauses in der Panstraße geschleudert wurde, daß er erhebliche Verletzungen erlitt.

Mysteriöser Todesfall. In einem reichdrapirten, schönen eigenen Parade-Sarg und mittels des Gala-Verkehrstransports wagens ist am Sonnabend Spätabend die Leiche des in der Demminersir. 62 wohnhaften Hauseigentümers und Handelsmannes F. Kuple, unter kriminalpolizeilicher Begleitung nach dem behördlichen Leichen-Schauhause in der Hannoverischen Straße geschafft worden. Der Eigentümer F. Kuple, welcher früher in der Kronenstraße ein flottgehendes Restaurationsgeschäft betrieb hat und eine stadtbekannt Persönlichkeit war, ist am Sonnabend Vormittag 10 Uhr angeblich von seiner Ehefrau todt auf dem Zuboden-Teppich der Wohnstube als Leiche aufgefunden worden und soll am Schlagfluß verstorben sein. Der Verstorben war ein

lebensfroher kräftig gebauter Mann von 53 Jahren, der vornehmlich ein Freund weiter Juxtouren gewesen ist und in letzter Zeit wieder einen Arzt konsultirt hat, geschworene denn an irgend einer Krankheit gelitten hat. Mit einer nervösen Hast soll nun gleich nach dem Tode der Sargträger geholt, auch die Grabstelle auf dem Friedhof der Friedensgemeinde bestellt worden sein, noch ehe der vorchriftsmäßige polizeiliche Todtenschein ausgefertigt war. Als schließlich der qu. Schein natürlich dennoch beschafft werden mußte und zu diesem Behufe der praktische Arzt Dr. Hentschel, Brunnenstr. 90, gerufen worden, verweigerte dieser nach der Besichtigung der Leiche die Ausstellung des Todtenscheins und erschlachte darüber dem Polizei-Kleiner-Vorstand pflichtgemäß die Anzeige. Nun durchschwirren alsbald die ungeheuerlichsten Gerüchte jenen Stadttheil, von denen wir hoffen, daß sie grundlos sind und die geschwähigte Fama in diesem Falle recht stark übertrieben hat. Genug, die Polizei trat der geheimnißvollen Angelegenheit näher und ermittelte, daß der verstorben Eigentümer F. Kuple sich erst vor kurzer Zeit und zwar ziemlich hoch in eine Lebensversicherungs-Gesellschaft eingekauft hat, ferner aber auch dunkle Momente, die erst durch die eingeleitete Untersuchung aufgeklärt werden können. Am Sonnabend gegen 9 Uhr, als der Leichenwagen vor der Handthüre hielt, um den Todten nach der Leichenhalle des Kirchhofs zu transportiren, wurde die beabsichtigte Ueberführung in letzter Stunde polizeilich verboten und, wie oben bemerkt, wurde der Gala-Verkehrswagen sammt der Leiche, zwecks der angeordneten Leichenöffnung, nach der Morgue dirigirt. Ein Polizeibeamter in Zivil begleitete den Transport.

Die Vollstreckung des Todesurtheils an dem Raubmörder Hebel soll heute, Dienstag, früh 6 Uhr durch den Scharfrichter Reinhold in dem Hofraum des Strafgefängnisses zu Plötzensee erfolgen. Am Montag Mittag 12 1/2 Uhr begab sich der Erste Staatsanwalt am Landgericht II, Pademann, in Begleitung des ersten Gerichtsschreibers, Kanzleiraths Heilmann, zu dem Delinquenten in die Zelle des Untersuchungsgefängnisses und theilte ihm mit, daß, nachdem durch Mehrschritte Ordre bestimmt worden, daß der Gerechtigkeit freier Lauf zu lassen, die Vollstreckung des Todesurtheils am Dienstag Morgen stattfinden würde. Hebel, der diese Eröffnung ohne große Erregung entgegengenommen haben soll, ist um 2 Uhr Nachmittags mittels des grünen Wagens nach Plötzensee übergeführt worden, um dort in einer Zelle des Gefängnisgebäudes Nr. III seine letzten Lebensstunden hinzubringen. — Der Delinquent ist noch nicht ganz 25 Jahre alt. Die Noththat an dem Kaufmann Hermann Hirschfeld in Spandau verübte er am 23. August 1891, seine Verhaftung erfolgte am 25. Oktober und seit dem 7. November vorigen Jahres befand er sich im Noabiter Untersuchungsgefängniß. Am 2. Februar dieses Jahres hat das Schwurgericht am Landgericht II das Todesurtheil über den Raubmörder ausgesprochen. Den Vorstoß führte damals der Landgerichtsdirektor Grünhagen, die Anklage vertrat der erst kurz vorher nach Berlin berufene Erste Staatsanwalt Woytatsch, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Heimbach. Hebel hat seit seiner Verurtheilung noch 188 Tage Lebenszeit gehabt.

Auf der Strafe verstorben ist Sonnabend Mittag gegen 1 Uhr der auf der Schleifbahn angelegte Streckenbeamte E. Derfelbe wollte sich, aus seiner Wohnung am Grünen Weg kommend, in den Dienst begeben, als er vor dem Hause Fruchtstraße 20 vom Herzschlage getroffen plötzlich todt zusammenbrach. — Die Leiche wurde nach der Morgue geschafft.

Der Zigarrenfabrikant Franz Koffke, wohnhaft Vorfruchtstraße 28, theilt uns mit, daß er mit dem in Nr. 140 des „Vorwärts“ erwähnten Koffke weder identisch noch verwandt ist.

Ein Abonnent des „Vorwärts“, welcher in der Lage ist, die Adresse desjenigen Fabrikanten anzugeben, welche die Köpfe von Marx und Hoffalle auf Spazierstöden anfertigt, wird gebeten, die Adresse im Briefkasten des „Vorwärts“ bekannt zu geben. Auswärtige Genossen wünschen die Adresse zu wissen.

Mangel an Zimmergesellen, schreibt uns ein Leser dieses Blattes, muß doch in Berlin vorhanden sein. Sonst, meint er, würde auf dem Platz von J. Ch. Jöple, Müllerstraße 152—154, nicht jeden Sonntag gearbeitet werden. Im letzten Sonntag arbeiteten dort wieder 10—15 Gesellen. Sollte es nicht arbeitslose Gesellen genug in Berlin geben, durch deren Einstellung an den Wochentagen die Sonntagarbeit entbehrlieh gemacht werden könnte?

Polizeibericht. Am 18. d. M. früh wurde ein Hauseigentümer in seiner Wohnung in der Demminersir. 62 erdolcht vorgefunden. — Vor dem Hause Stallger. 71 geriet ein vierjähriger Knabe, als er von einem vorbeifahrenden, mit Heu beladenen Wagen Heu heranzuppte und dabei fiel, unter den Wagen, wurde überfahren und an beiden Unterschenkeln bedeutend verletzt. — Nachmittags wurde ein dreijähriger Knabe beim Uebersteigen des Fahrdammes an der Ede der Jerusalem- und Kochstraße von einer Drofschle überfahren und am rechten Oberschenkel bedeutend verletzt. — Infolge von Ueberlastung brach Nachmittags auf dem Neubau Angulstr. 93 das Hofstellergewölbe zusammen und verschüttete den unter demselben beschäftigten Maurerlehrling Jorecht und den Arbeiter Schulz. Der herbeigerufenen Feuerwehr gelang es, nur den Jorecht, welcher geringe Verletzungen erlitten hatte, lebend herauszuheben, während Schulz bereits todt war. — Ein obdachloser Wäldergerelle wurde auf dem Flur des Hauses Friedrichstraße 110 krank aufgefunden und nach der Charite gebracht. — Am 19. d. M. Morgens versuchte ein Arbeiter auf dem Boden des Hauses Wollmiersir. 68 sich zu erhängen; er wurde jedoch noch rechtzeitig aus seiner Lage befreit und nach der Charite gebracht. — Vor dem Hause Potsdamerstr. 125 wurde Vormittags ein Kordmachermeister von einer Kutze überfahren und an beiden Unterschenkeln ansehnend bedeutend verletzt. — Auf der Schloßbrücke wurde Abends ein Drofschlefuhrherr, dessen Pferd durchgegangen war, vom Bod geschleudert und erlitt an der Hand und am Kopf bedeutende Verletzungen. — In der Nacht zum 20. d. M. brachte sich ein Schuhmacher vor dem Hause Brenzlauer Allee 14a mittelst Revolvers einen Schuß in die Brust bei. — Am 19. d. M. Abends fanden zwei kleine Brände statt.

Gerichts-Beitung.

Zwei Extrablatt-Fabrikanten und empfehlenswerthe „Redakteure“ standen gestern in den Personen des mehrfach vorbestraften Dienstmanns Hebel und des Händlers C. Bod vor dem hiesigen Schöffengericht. Hebel, welcher gewöhnlich an den Charlottenburger Neumagen daselbst Blumen feil hält, fand im dortigen „Intelligenzblatt“ eine blutige aber desto unwahrrere Notiz über ein angeblich auf die russische Kaiserin verübtes Attentat. Er befand sich gerade in Geldverlegenheit und da sein Freund Bod diesen Zustand mit ihm theilte, beschloßen Beide, jene schöne Notiz in Form eines Extrablattes den erkaunten Berlinern zu versehen. Sie begaben sich in die Jäger'sche Buchdruckerei, hieselbst und bald prisen heißere Rehlen in den Straßen Berlins ein Extrablatt an, welchem die als „Redakteure“ darauf verzeichneten beiden Angeklagten folgenden Inhalt gegeben hatten: „Attentat auf die Kaiserin von Rußland und dem Thronfolger. Als neulich die Kaiserin mit dem Thronfolger den Newski-Prospekt durchfuhr, warf ein Mensch eine Bombe nach dem Wagen, welche glücklicher Weise in den Schnee fiel, ohne zu explodiren. Die Kaiserin liegt infolge des gehabten Schreckens krank

darnieder.“ Besonderen Erfolg scheinen die beiden Angeklagten mit diesem Witz nicht gehabt zu haben, denn sie erklärten gestern, daß sie sich „die Nase verbrannt“ und noch Geld zugefekt hätten. Der Staatsanwalt erklärte aber in diesem Zustände der falkchen Nachricht eines Charlottenburger Blätthens den Thatbestand des versuchten Betruges, er erachtete das Vorgehen der beiden „Redakteure“ auch für gemeinschuldig, da die Zahl Deut, die „nicht alle werden“, bekanntlich sehr groß ist, und beantragte daher je drei Monate Gefängniß. Der Gerichtshof nahm nur groben Unfug als vorliegend an, erkannte aber auf die höchste zulässige Strafe: je sechs Wochen Haft.

Ein schlechter Scherz führte gestern den 16jährigen Handlungsgehilfen Haunkamp unter der Anklage der fahrlässigen Körperverletzung vor die 194. Abtheilung des Schöffengerichts. Als das 10jährige Töchterchen eines Schuhmannes eines Tages das Kolonialwaaren-Geschäft besuchte, in welchem der Angeklagte beschäftigt war, hatte der Letztere gerade einen sogenannten Eisenstein in der Hand. Er strich damit dem Kinde über die Wange. Die Wirkung war eine unerwartete, denn die berührte Stelle wurde wund. Die ähnde Masse verursachte eine völlige Verkürzung der Haut, es mußte ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden; die zurückgebliebene Narbe wird noch dem Gutachten des Sachverständigen erst nach Jahren völlig schwinden. Der Staatsanwalt nahm zu Gunsten des Angeklagten an, daß derselbe in jugendlichem Uebermuth gehandelt, er beantragte gegen denselben eine Geldstrafe von 100 Mark. Der Gerichtshof erkannte auf 30 M. Geldstrafe.

Die Gefährlichkeit der Hängegerüste zeigte sich wieder in einer Verhandlung, welche gestern vor der III. Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Der auf der Anklagebank befindliche Dachdeckergehilfe Otto Riegel sollte durch Fahrlässigkeit ein schweres Unglücksfall verschuldet haben. Am 14. Oktober vorigen Jahres hatte der Angeklagte im Auftrage seines Meisters an dem Hause Gontardstraße Nr. 3 ein Hängegerüst anzubringen. Dasselbe wurde dann von drei Malergehilfen betreten, welche die Fassade zu streichen hatten. Nach kurzer Thätigkeit der Maler gab die Rüstung nach, das Laufbrett nahm eine so schräge Stellung ein, daß die darauf Beständigen sich nicht zu halten vermochten, einer hielt sich krampfhaft an einem Tau fest, die beiden anderen stürzten aus bedeutender Höhe auf das Pflaster. Der Maler Scholl verstarb bald nach dem Sturze, sein Unglücksgefährte kam mit schweren Verletzungen davon. Es zeigte sich, daß einer der Böcke, die auf dem Dach angebracht waren und an welchen die Rüstung befestigt war, umgefallen war. Nach dem Gutachten des Sachverständigen, Baurath Sönderup, war die Befestigung des Bodens ein unzulängliche gewesen, es hätte noch ein Negriegel angebracht werden müssen. Der Angeklagte entschuldigte sich mit der Behauptung, daß er ausdrücklich gesagt habe, die Rüstung sei nur für zwei Personen bestimmt. Troz dessen hätten drei Gehilfen auf der Rüstung gearbeitet. Der Gerichtshof gewann durch die Beweisaufnahme die Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten und verurtheilte denselben zu einer Gefängnißstrafe von neun Monaten, während der Staatsanwalt nur 6 Monate beantragt hatte.

Als ein Schlafstendieb von besonderer Gemeingefährlichkeit zeigte sich der Brauer Max Roy, welcher gestern der dritten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde. Der Angeklagte pflegte sich für den Thierarzt Krüger auszugeben, der auf dem Viehhofe beschäftigt sei. Unter dieser Maske miethete er bei einer alten Dame ein Zimmer. Zu sechs verschiedenen Malen wußte er dieselbe zur Hergabe von Geld zu bewegen, wobei er immer neue Vorspiegelungen zur Anwendung brachte. Eines Tages erschien er vor ihr in höchst aufgeregtem Zustande. Er erzählte, daß er auf dem Viehhofe gespielt und fremdes Geld verloren habe, er müsse sich erschämen, wenn ihm keine Hilfe würde. Er zog auch einen Revolver hervor und drohte, sich vor den Augen der alten Dame das Leben zu nehmen. Das Mittel wirkte, seine Wirthin gab ihm wiederum etwas haares Geld. Schließlich verschwand der Angeklagte, ohne seinen Verpflichtungen nachzukommen und unter Mißnahme verschiedener ihm nicht gehöriger Gegenstände. Als „Thierarzt Krüger“ beging der Angeklagte dann noch mehrere andere Schlafstellen-Diebstähle. Das Urtheil lautet auf zwei Jahre Gefängniß und dreijährigen Ehrverlust.

Die neue Schwurgerichtsperiode des Landgerichts I, welche gestern unter dem Vorsth des Landgerichtsdirektors Rietz begann, hatte sich zunächst mit einer Anklage wegen Kindesmords und Beiseiteschaffung eines Leichnams zu beschäftigen, welcher Strafthaten die unerschulichte Marie Lehrens beschuldigt war. Die Verhandlung, die unter Ausschluss der Oeffentlichkeit stattfand, endete mit der Verurtheilung der Angeklagten zu drei Jahren Gefängniß und 4 Wochen Haft. Die letztere Strafe wurde durch die erlittene Untersuchungshaft für verübt erachtet.

Die zweite Sache, welche verhandelt wurde, richtete sich gegen die Zimmermanns-Ehefrau Ernestine Fihner, welche der schweren Urkundenfälschung in zwei Fällen bezichtigt wurde. Die Angeklagte heirathete ihren Ehemann als Wittwer. Sie fand unter seinen Sachen ein Sparfassenbuch, welches der Tochter ihres Mannes aus erster Ehe gehörte. Die letzte Eintragung betrug sieben Mark, nachdem die früheren Eintragungen wieder abgehoben worden waren. Als die Angeklagten in Geldverlegenheit gerieth, benutzte sie das Sparfassenbuch zu einem Betrugs. Nachdem sie die letzte Eintragung in der Weise umgeändert hatte, daß sie aus der „Leben“ eine „Lebensig“ machte und der Zahl 7 ein 0 anhängte, gelang es ihr ein Tausend daraus zu erhalten. In ähnlicher Weise verfuhr sie mit einem zweiten Sparfassenbuche.

Die Angeklagte, der die Geschworenen mildernde Umstände zubilligten, wurde zu einem Jahr Gefängniß und zweijährigem Ehrverlust verurtheilt.

Wien, 17. Juni. Vor den Geschworenen wurde heute der Prozeß gegen Julius Frey, einen der Führer bei den Aufzügen der Arbeitslosen vor dem Rathhause, wegen mehrerer Aeußerungen in Versammlungen verhandelt. Die Anklage war wegen Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung erhoben. Die Geschworenen sprachen das „Nichtschuldig“ aus, und es wurde auf Freisprechung erkannt.

Soziale Ueberacht.

Achtung, Maurer!

Auf den Bauten Potsdamerstraße 99 und Rankenstraße 4 haben sämtliche Kollegen die Arbeit eingestellt, weil die betreffenden Unternehmer die an sie gestellten Forderungen, einen Minimallohn von 55 Pf. pro Stunde zu zahlen, nicht bewilligten und jede Unterhandlung mit den Gesellen zurückwiesen. Es haben daher die Kollegen beider Bauten beschlossen, die Sperre zu verhängen.

Alle Kollegen sind dringend ersucht, die betreffenden Bauten so lange zu meiden, bis die Sperre aufgehoben ist. Ferner haben auf dem Bau Thiergartenstraße 10 bei Feld u. Franke 14 Kollegen aus demselben Grunde die Arbeit niedergelegt, und wurde diesen vom Bureau Arbeit (pro Stunde 55 Pf.) nachgewiesen; etwa 40 Gesellen arbeiten weiter. Berlin. Das Bureau der Lohnbewegung. J. A. W. Koll

In die Gewerkschaften Berlins!

Genossen! Nach Uebereinstimmung sämtlicher Interessenten wird die Berliner Streik-Kontrollkommission die Agitation und die Vorbereitung für die Wahlen zum Gewerbegericht in die Hand nehmen, um ein geregelt vorgehen sämtlicher Berliner Gewerkschaften in dieser Sache herbeizuführen. Zu diesem Zwecke würde es angebracht sein, wenn in allen Gewerben öffentliche Versammlungen mit entsprechender Tagesordnung stattfinden. In diesen Versammlungen könnten sich die Teilnehmer derselben bereits über die, sich zu Arbeitervertretern qualifizierenden Personen einigen, ohne jedoch schon bestimmte Kandidaten aufzustellen.

Da die Wahlteilnahme auf Grund des dem Oberpräsidenten zur Genehmigung vorliegenden Entwurfs des Ortsstatuts für die Gewerbegebiete gemäß den 42 Kommunal-Wahlbezirken stattfinden soll, monach 210 Arbeiter zu wählen wären, so würden selbst die kleinsten Gewerkschaften im Gewerbegericht nicht untertreten bleiben.

Als Grundlage für die Wahl der Vertreter der einzelnen Gewerbe würde event. die Zahl der in denselben Beschäftigten zu gelten haben. Es wird den Gewerkschaften jedoch, nach Veröffentlichung des Wahlreglements, darüber eine Bekanntmachung zugehen, laut welcher dann die endgültige Aufstellung der Kandidaten in den Gewerkschaften erfolgen könnte.

Außerdem werden die Delegierten nochmals hierdurch aufgefordert, die auf den Aufruf vom 15. Juni er. im „Vorwärts“ bezüglichen Mitteilungen möglichst bald an den Unterzeichneten gelangen zu lassen. Mit solidarischen Grüßen
Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Streik-Kontrollkommission:

J. A. Hermann Faber, N. Antonstr. 34, v. part.

Die Brauer der Janssen'schen Brauerei in Hamburg sind seit 18. Juni ausständig. Um Fernhaltung des Zugangs wird dringend ersucht.

Die Schneider Ungarns halten am 21. und 22. August in Budapest einen Kongress ab. Die Tagesordnung derselben lautet: Bericht über die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen des Schneidergewerbes und über den Stand der Organisationsbewegung, die gewerkschaftliche Organisation, die Fachpresse, die Arbeiterschulung, Anträge.

Die Szür-(Bauernmäntel-)Schneider in Debreczin (Ungarn) haben ihren Streik siegreich beendet, da sich im Ganzen nur 3 Streikbrecher gefunden hatten. Die Forderungen wurden indes etwas ermäßigt werden. Bewilligt wurden: 15 Pct. Lohnerhöhung, Erhöhung der Tagelöhne bei Jahrmärkten von 1 auf 2 P., die Meister ziehen den Gehilfen nicht mehr die Steuern vom Lohn ab.

Die Konferenz der Vorstände der eingeschriebenen Hilfsklassen Thüringens, welche zu Pfingsten in Erfurt stattfand, nahm nach einem bezüglichen Referat des Herrn Goldammer-Orfurt eine Resolution an, welche allen Hilfsklassen, die nicht materiell durch die neuen Bestimmungen des Krankenkassen-Gesetzes geschädigt werden, das weitere Bestehen empfiehlt. Die Gründung von Zuschüssen wurden von der Konferenz nicht für zweckmäßig gehalten. Herr Goldammer hatte u. A. ausgeführt: Es wäre ja höchst wahrscheinlich, daß nach Inkrafttreten des Gesetzes die pekuniär schlecht dastehenden Klassen eingehen würden, es gebe aber auch viele Klassen, die nach wie vor recht gut weiter bestehen könnten, und denen empfehle er, es auf ein Jahr zu versuchen; sei dann nicht auszukommen, wäre es immer noch Zeit zur Auflösung. Im Falle der Auflösung sei auch die Gründung einer Zuschußkasse nicht zu empfehlen, da dieselbe nur zur Entlastung der Ortskrankenkassen führen würde.

Und Gelsenkirchen wird uns geschrieben: Bei der Knappschätzaltesten-Wahl am 26. März siegten die Kandidaten des Bergarbeiterverbandes im Wahlbezirk 74. Infolge des von Seiten der Gegner wegen angeblich eigenmächtiger Veränderung des Wahlbezirks eingelegten Protestes war zum 18. Juni eine Neuwahl ausgeschrieben, in der die Kandidaten des Bergarbeiterverbandes nicht allein die früher auf sie abgegebenen Stimmen behielten, sondern noch eine ganze Anzahl Stimmen dazu bekamen. Wenn man bedenkt, daß die Gegner (Fechenpartei) einen Beamten als Kandidaten aufgestellt hatten, und ferner, daß als Wahlvorsteher der Betriebsführer der Zeche fungierte, aus welcher die meisten Wähler arbeiten, so ist der Sieg um so bedeutungsvoller.

Zu einem internationalen Kongress, der am 28. August in Brüssel stattfindet, sind die deutschen Handschuhmacher eingeladen worden. Der bezügliche Aufruf ist unterzeichnet von dem Präsidenten A. Heetzjonne sowie den Sekretären E. Lesèvre und G. Orange in Brüssel, welche das Einberufungskomitee bilden, und giebt als Zweck des Kongresses die Bildung einer allgemeinen Vereinigung der Handschuhmacher an. Zur Begründung dieses Vorhabens wird hauptsächlich auf die bedauerlich traurige Lage der deutschen Handschuhmacher Bezug genommen und darauf hingewiesen, daß nach den jetzigen Verhältnissen der Schnittpreis in Deutschland genau die Hälfte des Schnittlohnes in Belgien beträgt. Die deutschen Handschuhmacher werden, wie wir zuverlässig erfahren, den Kongress auf alle Fälle besichtigen. Die Gehilfenorganisation derselben ist die stärkste dieses Berufs. Von 3500-4000 Gehilfen gehören 2500 dem Verband an, welcher 1899 gegründet wurde. Im Ausland existiert soviel wie gar keine Organisation, und in Frankreich, wo die Handschuhmacher ihre Organisation, und in Frankreich, wo die Handschuhmacher giebt, soll es damit am schlechtesten bestellt sein. Was die internationale Verständigung anbetrifft, so war dieselbe bisher bei den Handschuhmachern sehr mangelhaft. Man weiß über die Lage der Handschuhmacher in England, Italien, Frankreich u. s. w. nicht einmal einigermaßen Genaueres. So begründen die deutschen Handschuhmacher schon aus diesen Gründen den Kongress. Natürlich geben sie sich aus den eben angeführten Gründen bezüglich seiner Resultate keinen allzu großen Hoffnungen hin, denn auf einen Döb fällt kein Baum.

Zur Einführung der Sonntagsruhe. Die Kreisbauernschaft Leipzig erklärt an die ihr unterstellten Verwaltungsbehörden eine Verordnung, betreffend die am 1. Juli ins Leben tretende Regelung der Sonn- und Festtagsruhe im Handelsgewerbe (nicht in anderen Gewerben). Um den im Handelsgewerbe beschäftigten Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern eine Sonntagsruhe zu Theil werden zu lassen, sollen sämtliche zu dieser Gattung gehörenden Geschäfte an Sonntagen Nachmittags 4 Uhr geschlossen werden. Es läßt jedoch hiervon bis auf Weiteres die Verordnung solche Betriebe außer Betracht, auf welche die Bestimmungen in den §§ 41 a, 55 a, 105 a folgende der Gewerbe-Ordnung keine Anwendung finden, z. B. Gast- und Schankwirtschaft, Verlehdgewerbe (105 der Gewerbe-Ordnung), der Hypothekendienst, so fern Gehilfen und Lehrlinge verwendet werden. Bezüglich der Verlehdgewerbe ist dabei zu beachten, daß Expedition und Kommission und das Gewerbe der Packer, Drucker, Marktbesitzer u. s. w. Hilfsgehilfen des Handels nicht den Verlehdgewerben im Sinne des § 105 der Gewerbe-Ordnung, sondern dem Handelsgewerbe beizuzählen sind.

Gegenwartsbild aus der bürgerlichen Gesellschaft. Die „Münchener Post“ schrieb in Nr. 184 vom 14. Juni: „Um eine Mark wird die Ehre und Existenz einer Arbeiterin vernichtet. Davon gab eine (vor dem Münchener Gewerbegericht stattgehende) Verhandlung der Reklamerin Wöh gegen den Gastwirth Mehlhart einen schlagenden Beweis. Als die Wöh außer Dienst kam und ihren Lohn von zehn Mark forderte, wurde ihr, nach eigener Aussage, von der Frau des Mehlhart bedeutet, daß ihr, wenn sie ihre 10 M. verbienet

sohn voll auszubehalten wolle, ein ungünstiges Zeugnis ausgestellt werde. Dagegen aber bekomme sie ein besseres Zeugnis, wenn sie sich zu Gunsten der Herrschaft von Lohne eine Mark abwenden ließe. Die Wöh ging auf den unschönen Handel nicht ein, weshalb man ihr ins Gesicht schrie: „Werde wegen Streunens entlassen“. Da das Wort Streunen die Arbeiterin mit einer Prostituirten auf gleiche Stufe stellte, war die Wöh selbstverständlich mit diesem Zeugnis nicht einverstanden und erhob Klage. Vor dem Gewerbegericht stellte sie heraus, daß das „Streunen“ darin liegen sollte, daß die Wöh, wie viele ihresgleichen, zweimal an Sonntagen Morgens 4 Uhr ausstund und im englischen Garten die Morgenmusik anhörte, aber jederzeit wieder zur rechten Zeit zur Arbeit zurückkehrte. Da sich Mehlhart in keiner Weise herbeiliess, im Vergleichswege das Zeugnis zu ändern, obwohl das Mädchen weinend darum bat, wurde Urtheil erlassen. Das Urtheil lautet: Mehlhart ist schuldig, an die Klägerin 10 M. Lohn zu bezahlen. Das kritische Zeugnis wird sofort von Amtswegen aus dem Buche getrennt und ist Vorklagter verpflichtet, binnen 24 Stunden, unter Vermeidung einer Entschädigungspflicht bis zu 60 M., an die Wöh, das Zeugnis im Sinne der Klagebitte anzustellen.“

Auf einem Neubau in Blasewitz bei Dresden (Weißes Schloß), der von der Firma Heber und Ledig ausgeführt wird, wurde nach der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ ein Paktier entlassen, weil er einen Vers der Arbeitermarschallise gefangen hatte.

Eine furchtbare Selbstanklage leisten sich die böhmischen Glasindustriellen in der Zeitschrift „Diamant“. Dort wird berichtet, daß der Grund des Streikes der Glasbläser-Arbeiter die Durchbrechung der Minimallohne und die daraus entstandene fortlaufende Lohnherabdrückung sei, so daß es den Arbeitern bei einer täglichen Arbeitszeit von 17 bis 18 Stunden — sage und schreibe siebenzehn bis achtzehn Stunden nicht einmal möglich sei, mehr als 94 bis 96 Pfr. per Woche (!!) zu verdienen. Eine Luxusfabrik (!!) z. B. zahle so schlechte Löhne, daß die Arbeiter mangels nöthiger Kleidungsstücke nicht einmal in der Lage waren, die Versammlungen besuchen zu können. Und dabei schweben die böhmischen Glasindustriellen im unerhörtesten Luxus. („Der Fachgenosse“, Nr. 88 vom 18. Juni 1892.)

Versammlungen.

Eine öffentliche Maurerversammlung, die am 19. Juni auf dem Tivoli tagte und von gegen 2000 Personen besucht war, beschäftigte sich mit dem Resultat der Lohnbewegung. Dem Referate, welches Herr Blaurock hierüber gab, entnehmen wir, daß die Bewegung sehr gut in Gang gekommen ist; wo die Kollegen geschlossen vorgehen, sind die geforderten Löhne ausnahmslos bewilligt worden. Eine Ausnahme machte die Firma Held und Franke. Als bei dieser die auf dem Roabiter Kasernenbau beschäftigten Maurer auch Erhöhung des Lohnes von 50 Pfr. auf 55 Pfr. forderten, bewilligte die Firma nicht, sondern ließ, als infolge dessen die Maurer die Arbeit niederlegten, die Kollegen von einem ihrer anderen Bauten dort die Arbeit aufnehmen. Das geschah so schnell, daß diese Maurer nicht rechtzeitig von ihren Kollegen unterrichtet werden konnten. Gleichwohl sei es, betonte der Referent, nicht recht, daß die Kollegen von dem anderen Bau die Arbeit an der Kaserne aufgenommen hätten. Was durch geschlossenes Vorgehen zu erreichen, das zeigte unter Anderem das Beispiel vom Bau der Nordbahn-Brücke am Gesundbrunnen. Dort war der Unternehmer zwar bald bereit, die geforderte Erhöhung des Lohnes auf 55 Pfr. einzutreten zu lassen, als er nämlich sah, daß die Maurer sonst die Arbeit einstellen wollten; er wollte aber die beiden Maurer, welche ihm die Forderung der Kollegen überbracht und Arbeitseinstellung in Aussicht gestellt hatten, nicht die Arbeit wieder aufnehmen lassen. Infolge dessen ließen auch die sämtlichen Kollegen die Arbeit ruhen; nachdem sie einen halben Tag gefastet, wurden ihre Forderungen bewilligt und die Maßregelung zurückgenommen. Es komme eben nur darauf an, daß die Kollegen energisch vorgehen. Aber es gebe auch indifferente Kollegen, welche nicht den Muth dazu besitzen. So hätten auf einzelnen Bauten die Unternehmer beim Polter angefragt, ob die Maurer denn noch nicht höheren Lohn gefordert hätten, was der Polter verneinen mußte. Als dann die betreffenden Kollegen sich dazu aufschwangen, eine Erhöhung ihres Lohnes auf 52 1/2 Pfr. zu verlangen, habe man sofort bewilligt und sie hätten auch 55 Pfr. bekommen, wenn sie solche nur gefordert haben würden. Maurermeister Ferdinand, der 45 und 50 Pfr. zahle, habe, als die Gefellen 55 Pfr. verlangten, nur einem Drittel der Maurer dies bewilligt, die Uebrigen erhielten hinstor 52 1/2 Pfr. Nur vier Bau-Unternehmer hätten die Lohnerhöhung nicht bewilligt. Die Sammlungen zum Generalfonds nähmen in erfreulichem Maße zu, was ein weiteres Zeichen für den solidarischen Geist, der unter den Maurern herrscht. Doch gäbe es einige Maurer, die von Solidarität nichts wissen. Zu diesen gehörten einige auf dem Bau Gneisstraße 25 beschäftigte Maurer, die bei Tage in Lohn mitarbeiten und nach Feierabend und Sonntags Akkord arbeiten; darunter seien einige Personen, die in der politischen Aktion sich stets in den Vordergrund zu drängen suchten und mit dem, was sie gethan haben, prahlten. In der gewerkschaftlichen Bewegung seien sie die Ausbeuter ihrer eigenen Kollegen. Da sei ferner der Bau auf dem Wühlendamm, wo die Maurer am Sonntag noch um 10 Uhr Morgens gearbeitet hätten, der Schloßbau, wo um 7 Uhr Abends Maurer die Arbeit noch bis 8, 10, ja bis 11 Uhr fortsetzen für 52 Pfr. Stundenlohn. Doch glücklicher Weise konnte Derartiges nur auf einzelnen Bauten vor. Es handle sich nun vor allen Dingen um die Firma Held u. Franke; alle Maurer sollten dazu beifällig sein, die Kollegen von dort in Wirtschaften oder wo sie dieselben sonst treffen, aufzuklären und jeden anderen Kollegen darauf aufmerksam zu machen, daß die Bauten der Firma Held und Franke zu meiden sind. Begleit die Kollegen bei Held und Franke die Arbeit nieder, so würden die Verheerlichkeiten aus dem Generalfonds schadlos gehalten werden. Seien sie aber jetzt mit Löhnen von 50 und 45 Pfr. zufrieden, so würden sie im Winter 55 Pfr. und noch weniger erhalten. Unter lautem Bravo schloß Redner seinen interessanten Bericht.

Zu der Diskussion wurden zunächst die Verhältnisse einiger Bauten besprochen, wobei die betreffenden Redner durchweg den Kollegen den Anschluß an den Fachverein empfahlen. Bezüglich des Kasernenbaues der Firma Held und Franke wurde das Verhalten des Maurers Wilsch gerügt. Derselbe hatte mit am meisten unter den Kollegen darauf gedrungen, eine Lohnerhöhung zu verlangen, und unterschied sich ebenso wie sämtliche andere Kollegen (bis auf einen) auch mit auf dem Schriftstück, das dem Unternehmer übersandt wurde. Als aber die Arbeiter, nachdem sie die Unternehmer, der Geschäftsführer und der erste Polter lange hingehalten hatten, die Arbeit niederlegten, da ihre Forderung schließlich abgelehnt worden war, ist Wilsch der Einzige gewesen, der sofort weiter arbeitete; später haben dann noch einige andere Kollegen die Arbeit wieder aufgenommen. Wilsch habe auch auf der Straße Maurer angeredet, sie sollten doch nicht so dumm sein; auf dem Kasernenbau hätten die Kollegen „geschmissen“, sie sollten dort nur anfangen. Vom Bau des Maurermeisters Krempl in der Thauenzingstraße, der dieser Tage erst in Angriff genommen ist, wurde mitgeteilt, daß dort nur 45 Pfr. gezahlt werden. Maurermeister Klemens hat am Schlosse jetzt Nachsichtigen eingerichtet, aber die Zeit von 6 bis 6 Uhr wird nicht inne gehalten. Herr Behrend wünscht, die Kollegen der betreffenden Bauten sollten sich in der Versammlung bereit

erklären, die Arbeit niederzulegen, damit die Sperrung schon in der Versammlung verhängt werden könne. Den Kollegen von Held und Franke empfahl er, sich an das Bureau zu wenden, das ihnen Arbeit für 55 Pfr. nachweisen werde, die sie schon Montag beginnen könnten. Des Weiteren wurden 7 Maurer, welche in der Rautenstraße bis 8 und 9 Uhr arbeiten, scharf getadelt. Auf dem Bau in der Kaiserstraße beim Maurermeister Otto Lindner haben sich die Maurer, als einer ihrer Kollegen sie aufforderte, eine Lohnerhöhung zu verlangen, dessen geweigert.

Hiermit war die Diskussion über die Verhältnisse auf den einzelnen Bauten beendet. Die weitere Debatte, die bisweilen einen erregten Charakter annahm, drehte sich fast ausschließlich um die Frage der Beteiligung der Anhänger der Zentralisation an der Sammlung zum Generalfonds. Dieselben sollen sich bisher vielfach geweigert haben, Beiträge dazu zu geben.

Herr Schöler wies darauf hin, daß die Maurer verpflichtet seien, den Kampf gemeinsam aufzunehmen; deshalb müßten auch die vom Verband zu dem Unterstützungsfonds beitragen.

Inzwischen waren drei Anträge eingelaufen:

1. eine Resolution, in welcher erklärt wird, für baldige Verwirklichung der Beschlüsse vom 12. und 14. Juni (u. a. Steuern zum Generalfonds) einzutreten;

2. eine Resolution, in welcher die Herren Silber Schmidt und Schigoltski beantragten, die Unterföhrung der Kollegen solle gemeinsam von den Berliner Maurern in die Hand genommen werden, in der Lohnkommission solle für einen Vertreter des Verbandes Sitz und Stimme geschaffen werden und die Beiträge sollen getrennt vom Generalfonds verwaltet werden.

3. Ein Antrag des Herrn Blaurock, folgendermaßen lautend: „Die Versammlung verurtheilt die Handlungsweise derjenigen Kollegen, welche (beispielsweise im Baugeschäft von Held u. Franke) die Arbeit unter den alten Bedingungen dort aufnehmen, wo andere Kollegen wegen Lohnaufbesserung diese Arbeit niedergelegt haben. Die Versammlung fordert die Kollegen bei Held u. Franke auf, sich mit den Behreibungen der Maurer Berlins solidarisch zu erklären und den Stundenlohn von 55 Pfr. durchzusetzen und im Falle der Nichtbewilligung die Arbeit niederzulegen. Die Versammlung erklärt ferner, gegen diejenigen Unternehmer, welche rücksichtslos jede Lohnaufbesserung verweigern, die strengsten Maßregeln zur Anwendung zu bringen.“

Herr Kerstan führte aus, die Zentralisten könnten mit der am 12. Juni beschlossenen Zahlung von 50 Pfr. zum Generalfonds nicht einverstanden sein; sie seien nicht zugezogen worden. (Zwischenruf: Haben sich ja an der Diskussion betheiligelt.) Ja, es könnten ein oder zwei anwesend gewesen sein, das mache aber nichts aus.

Herr Wille rieth, wenn ein Geschäft zwei oder mehr Bauten habe, sollten sich die Kollegen von denselben ins Einvernehmen setzen und dann zu gleicher Zeit ihre Lohnforderung erheben. Was die Streitfrage anlangte, so gebe es nur eine Lohnbewegung der Maurer Berlins im Allgemeinen; die Organisationsfrage komme dabei gar nicht in Betracht. Es sei sonderbar, daß die Zentralisten sagten, sie seien nicht gefragt worden: die Versammlungen vom 12. und 14. Juni seien doch öffentliche gewesen, zu denen jeder Maurer Zutritt gehabt habe.

Herr Schigoltski forderte die Zentralisten auf, sich nicht abseits zu stellen, verlangte aber dagegen die Annahme der in seiner Resolution erhobenen Forderungen und die Wahl Klingenberg's in die Kommission.

Herr Silber Schmidt: Die Anhänger der Zentralisation hätten schon seit dem Frühjahr darauf hingearbeitet, eine Verständigung zu erzielen. Heute sei es noch Zeit dazu. Die Anhänger der Zentralisation seien über die Art, wie vorgegangen sei, anderer Ansicht als die bestehende Lohnkommission. Redner empfahl gleichfalls seine Resolution.

Herr Klingenberg trat für diese gleichfalls ein. Er habe geglaubt, aus der Lohnbewegung werde nicht viel werden, habe sich aber aus dem heutigen Referate überzeugt, daß dieselbe bisher schon sehr erfolgreich gewesen sei.

Herr Blaurock: Wenn man die Verpflichtung mitzutheilen anerkenne, dann verstehe er nicht, wie man sagen könne: „Zum Generalfonds gebe ich überhaupt nichts.“ Die Lohnkommission sei von einer öffentlichen Versammlung, an der die Zentralisten Theil genommen, gewählt. Die Zentralisten seien beim Beginne der Lohnbewegung unthätig gewesen, jetzt, wo dieselbe gut im Gange sei, wollten sie mitrathen. (Lauter Widerspruch seitens eines Theiles der Anwesenden.)

Die Diskussion war damit geschlossen. Zur Geschäftsordnung merkten sich Mehrere zum Wort, erhielten es aber nicht, da die Versammlung vor der Abstimmung eine Geschäftsordnungs-Debatte ablehnte. Resolution I wurde angenommen, desgleichen, und zwar einstimmig, der Antrag Blaurock. Die Resolution der Herren Schigoltski und Silber Schmidt wurde dagegen mit Majorität abgelehnt.

Herr Harnisch erklärte, nicht einmal zur Zellersammlung hätten Zentralisten geholt. (Widerspruch und großer Lärm.)

Herr Behrend beantragte, obwohl er eine Verpflichtung dazu nicht anerkenne, daß ein Kollege, welcher dem Verbands angehört, zu den Beratungen der Kommission zugezogen werde, wegen der Verbandskollegen sich verpflichten sollen, zum Generalfonds zu steuern.

Herr Silber Schmidt: Wenn gesagt worden sei, Zentralisten hätten nicht einmal zur Zellersammlung etwas gegeben, so dürften die Kollegen das nicht auf sich beziehen. Das treffe ihn; er habe in Admishof kein Geld gegeben, aus Gründen, die er nur vor sich selbst zu verantworten habe.

Der Antrag Behrend wurde angenommen und Herr Schigoltski als der zu den Beratungen Zuguziehende ernannt.

Die öffentliche Versammlung der Dachdecker Berlins und Umgegend vom 19. d. M. nahm die Rechnungslegung der Lohnkommission entgegen. Den Revisionsbericht erstattete Kaufmann. Nach diesem betrugen die Gesamt-Einnahmen 165,47 M., die Gesamt-Ausgaben 163,91 M., sodas ein Bestand von 2,16 M. verblieb. Von den ausbezogenen Berliner Listen stehen noch 20 aus. Auf Listen von außerhalb sind 143,15 M. eingegangen. Doch stehen auch hier noch alle Listen aus. Da die Abrechnung eine mangelhafte war, beschloß die Versammlung, daß bis zum 15. Juli eine spezialisirte Abrechnung in der „Allgemeinen Dachdecker-Zeitung“ zu erfolgen habe. Demgemäß wurde auch die Aufkündigung der Lohnkommission bis zur erfolgten verbindlichen Rechnungslegung vertagt. Nachdem sodann Kaufmann den Bericht der Streik-Kontrollkommission erstattet hatte, bewilligte auf dessen Antrag die Versammlung den streikenden Kirchdorfer Meßern vorzuschußweise aus den vorhandenen öffentlichen Geldern 30 M. Hieran schloß sich die Ausgabe der Karten und Marken zum Generalfonds Berliner Dachdecker. Die Wahl einer Agitationskommission wurde bis zur erfolgten Aufkündigung der Lohnkommission vertagt. Angeregt wurde von Kaufmann noch die Ernennung eines Vertrauensmannes, die Einsetzung einer Pressekommision und die Gründung eines Pressfonds. Hierüber wird eine spätere Versammlung zu befinden haben.

Im Verein Berliner Hausdiener hielt am 18. Juni Herr Dr. Binz einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über „das Bildungsmonopol der heutigen Gesellschaft“. Im Anschluß daran wurde eine Resolution angenommen, welche den Anschluß an die Arbeiter-Bildungsschule als Grenzfrage jedes zielbewußten Hausdieners erklärt. Nachdem acht neue Mitglieder aufgenommen waren, beschäftigte sich die Versammlung mit diversen internen Angelegenheiten, wobei u. A. über die Landpartie berichtet, sowie mitgeteilt wurde, daß das diesjährige Stiftungsfest am 2. Oktober in den neuerbauten Sälen des Herrn Säger, Andreasstraße, stattfindet.

Im Zentralverein der deutschen Böttcher, Filiale Berlin, fand am 12. Juni eine Versammlung statt, welche sich u. A. damit beschäftigte, daß sich in vielen Verstätten wieder die Sonntag- und Ueberstundenarbeit bemerklich macht, obwohl es arbeit-

